

# BOCHUMER ZEITPUNKTE



Beiträge zur Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege Nr. 33



- 3 *Dietmar Bleidick*  
**Bochum, das institutionelle Zentrum der Polen in Deutschland**
- 10 *Hans H. Hanke*  
**Bochums neue „Porta Polonica“**
- 15 *Wulf Schade*  
**Anmerkungen zur „Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland“**
- 22 *Eberhard Brand*  
**Auf dem Flohmarkt entdeckt – drei Zeugnisse polnischen Lebens in Bochum und Herne**

# Editorial

*Liebe Leserinnen und Leser !*

Seit Juni 2013 existiert in Bochum die Porta Polonica, die „Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland“. Im Sommer vergangenen Jahres wurde das dazugehörige Internetportal freigeschaltet, das Interessenten die Thematik mit attraktivem Bild- und Tonmaterial näherbringen will.

Dieses Heft widmet sich ausschließlich diesem Thema, nachdem die Autoren der Beiträge in einer konstruktiven Diskussion unterschiedliche Positionen zur „Porta Polonica“ feststellten. Wir möchten Ihnen diese Positionen vorstellen, um Ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich selbst ein Bild zu machen. Daher würden wir uns über Rückmeldungen sehr freuen und hoffen, noch in diesem Jahr an einem Abend im Rahmen unseres Vortragsprogramms mit Ihnen darüber ins Gespräch kommen zu können.

Wulf Schade analysiert die politische Bedeutung der „Porta Polonica“ für die deutsch-polnische Beziehung kritisch pointiert. Im Ergebnis betrachtet er die Einrichtung als eher unzureichendes „Feigenblatt“ vor peinlichen Missständen im bilateralen Verhältnis. Hans Hanke sieht dagegen die Chancen der Einrichtung für die Kultur nicht nur in Bochum und betrachtet das nun schon Vorhandene als vielversprechenden Aufbruch in den Beziehungen beider Staaten. Ergänzt werden diese beiden gegensätzlichen Meinungen durch einen Überblick von mir zur historischen Entwicklung der Rolle Bochums als wichtiges Zentrum polnischer Identität in Deutschland. Den Abschluss bilden einige Anmerkungen von Eberhard Brand zu drei Zeugnissen polnischen Lebens im Raum Bochum.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen



Bild auf der Titelseite:  
*Fahne des 1922 gegründeten Bundes der Polen mit der symbolischen Darstellung der Weichsel (Hans H. Hanke)*



## Impressum

Bochumer Zeitpunkte  
Beiträge zur Stadtgeschichte,  
Heimatkunde und Denkmalpflege  
Heft 33, Februar 2015

### Herausgeber:

Dr. Dietmar Bleidick  
Wiemelhauser Straße 255,  
44799 Bochum  
Tel.: 0234 3254833  
Fax: 0234 3254844  
Mobil: 0151 46616720  
Email: bleidick@bleidick.com  
für die Kortum-Gesellschaft Bochum  
e.V., Vereinigung für Heimatkunde,  
Stadtgeschichte und Denkmalschutz  
Graf-Engelbert-Straße 18  
44791 Bochum  
Tel. 0234 581480  
Email: Kortum.eV@web.de

### Redaktion:

Dr. Dietmar Bleidick, Peter Kracht

### Layout:

Peter Kracht  
Limbeckstraße 24, 44894 Bochum  
Tel.: 0234 263327  
Email: peterkracht@gmx.de

### Redaktionsschluss:

jeweils 15. Juli und 15. Dezember

### Druck:

A. Budde GmbH  
Berliner Platz 6 a, 44623 Herne

ISSN 0940-5453

### Schutzgebühr: € 3,00

Für Mitglieder der Kortum-  
Gesellschaft kostenlos.

## Bochum, das institutionelle Zentrum der Polen in Deutschland

Mit der von Preußen, Österreich und Russland initiierten dritten polnischen Teilung endete 1795 die Existenz Polens als eigenständiger Staat. Preußen dehnte sich durch die Angliederungen von Gebieten bis nach Warschau deutlich aus. Durch diese Zuwächse vergrößerte sich die Bevölkerung des Landes um zunächst rund 2,5 Millionen Polen. 1807 entstand unter napoleonischer Herrschaft das Großherzogtum Warschau, das nach den Beschlüssen des Wiener Kongresses 1815 durch Personalunion als „Kongresspolen“ oder „Königreich Polen“ mit Russland vereinigt wurde. Preußen verlor jetzt zwar einige Gebiete aus der zweiten und der dritten polnischen Teilung an Russland, behielt jedoch die Provinz Posen und weite Teile von West- und Ostpreußen mit rund 2 Millionen polnischen Bewohnern. Infolge des fehlgeschlagenen Novemberaufstands 1830, in dem die Polen versuchten, die russische Fremdherrschaft abzuschütteln, wurde „Kongresspolen“ mit Russland vereinigt. Erst nach Ende des Ersten Weltkriegs erlangte Polen wieder staatliche Souveränität.

Preußen besaß damit noch Ende des 19. Jahrhunderts die vier Ostprovinzen Ostpreußen, Posen, Pommern und Oberschlesien mit einem mehrheitlichen Anteil von Menschen mit polnischer Muttersprache, der in einigen Regionen weit über 80 % lag. Diese waren in staatsrechtlicher Hinsicht preußische Staatsbürger bzw. Reichsbürger und keine Polen, fühlten sich jedoch als solche und pflegten ihre Sprache und Kultur. Folglich werden sie sowohl von der zeitgenössischen Statistik und Literatur als auch im Rahmen neuer wissenschaftlicher und sonstiger Untersuchungen ebenso als Polen bezeichnet wie etwa die aus Russland stammenden polnisch sprechenden Landarbeiter im östlichen Preußen. Wenn im Folgenden von „Polen“ die Rede ist, ist in der Regel die polnischsprachige Bevölkerung des Ruhrgebiets gemeint.

Vor diesem Hintergrund führten unklare statistische Vorgaben und die ständig abnehmende Zahl polnischer Muttersprachler schon im 19. Jahrhundert bei allen Zahlenangaben zu einer bedeutenden Unschärfe. Dies hängt mit allgemeinen Unzulänglichkeiten, selbst der amtlichen Statistiken, unterschiedlichen Erhebungsmethoden und Erhebungsgebieten sowie dem mitunter bedeutenden Teil geschätzter Werte zusammen. Es besteht damit die Schwierigkeit, die Gesamtzahl der Polen in Preußen als auch der im Ruhrgebiet zu ermitteln.

Die statistische Problematik folgte auch der allgemeinen vereinheitlichenden Sicht auf die Polen in Deutsch-

land. Während die Polen aus Pommern, Schlesien und Posen fast ausschließlich katholisch waren, waren die ostpreußischen Masuren vornehmlich evangelisch. In der stereotypen Wahrnehmung fielen alle unter den Begriff „Ruhrpolen“, obwohl sich die Masuren nicht nur konfessionell, sondern vor allem auch politisch, kulturell und in den Lebensgewohnheiten von der größeren Gruppe unterschieden. Als Indikator für diese Einstufung dienten allein Herkunft, Sprache, Name und Verhalten. Im Gegensatz zu den nationalpolnisch orientierten Polen, die ein engmaschiges Vereinswesen schufen, unterhielten die Masuren kaum Vereine. Ihr Leben war weitgehend auf den privaten, religiösen Bereich beschränkt. Masuren und Polen blieben sich daher in der Regel fremd.

Laut der Statistik des Deutschen Reiches lebten in Rheinland und Westfalen 1880 knapp 40.000 Polen, 1890 waren es bereits 123.000, 1900 schon 333.000 und 1910 schließlich knapp 500.000, einschließlich Masuren. Für das Ruhrgebiet wurden in einer Statistik des Oberpräsidiums Münster für 1910 insgesamt 457.000 Polen angegeben. Die Polen siedelten sich in der Regel in den im Vergleich zu den Städten noch eher ländlichen Landkreisen des Ruhrgebiets an. Der Begriff Landkreis darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch hier eine bedeutende Siedlungsagglomeration vorhanden war. Ausnahmen bilden die Städte Recklinghausen und Herne, die mit einem Anteil von 23,1 % bzw. 21,6 % im Jahr 1910 die größte polnische Bevölkerung besaßen. In Bochum Stadt lebten zu dieser Zeit 4,6 % Polen, im Landkreis Bochum 9,0 %. Damit lag Bochum im oberen Mittelfeld der Städte und Kreise des Ruhrgebiets.

Bei der Entstehung polnischer Institutionen in Bochum wie auch in anderen Teilen des Ruhrgebiets lassen sich drei Phasen erkennen. Seit Anfang der 1880er-Jahre formierten sich zunächst ohne besondere Systematik meist auf Initiative des deutschen Klerus erste katholisch-polnische Vereine. Diese Vereine blieben örtlich auf die entsprechenden Kirchengemeinden beschränkt und waren ab 1891 informell durch die in Bochum ansässige Zeitschrift *Wiarus Polski* verbunden. In der zweiten, mit Gründung der Zeitschrift einsetzenden Phase schlossen sich polnische Aktivisten zu ersten politischen Organisationen zusammen, die von kirchlichen Kreisen weitgehend unabhängig waren. Das Ziel lag in der Interessenvertretung der Ruhrpolen – man wollte ihre Wünsche und Probleme artikulieren und diesen Nachdruck verleihen. Diese Organisationen waren nicht auf den lokalen Rahmen begrenzt, sondern bildeten durch die Gründung diverser Unterorganisationen ein zusammenhängendes Netz unter der ruhrpolnischen Bevölkerung. Die dritte Phase im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war u. a. durch antipolnische Maßnahmen der preußischen Regierung und der Ar-

beitgeber im Ruhrbergbau geprägt, die etwa in verschiedenen Gesetzen und Betriebsordnungen die Verwendung der polnischen Sprache untersagten. Nun entstand im Rahmen des verstärkten Zuzugs eine polnische Wirtschafts- und Verbandsstruktur mit Banken, Genossenschaften und Läden. Bei allen drei Phasen, die sich teilweise überschneiden und im Ruhrgebiet auch zeitversetzt abliefen, spielten in Bochum ansässige Polen eine bedeutende Rolle.

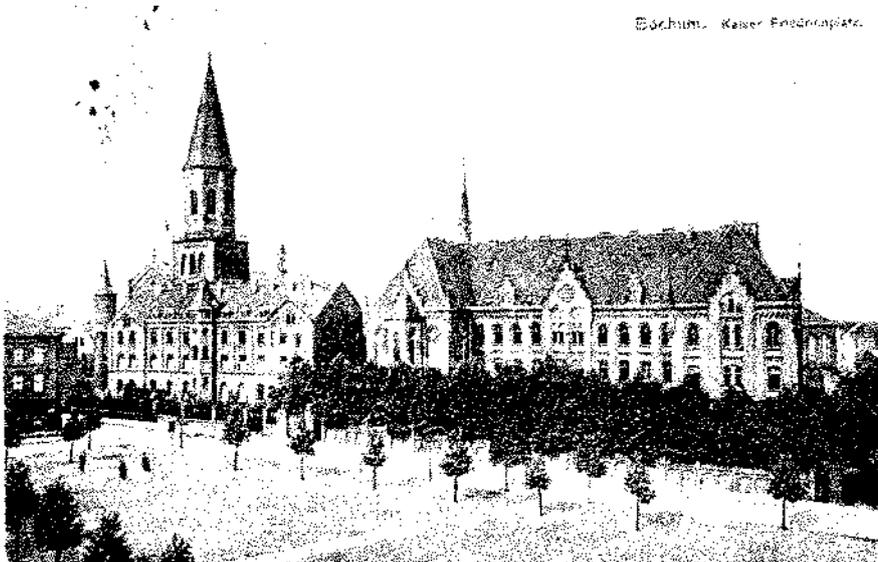


Abb. 1: Das 1868 gegründete Redemptoristenkloster und das Bochumer Kinderheim um 1900, Ausgangspunkt der Seelsorge für Polen und aller anderen Entwicklungen in Bochum.



Abb. 2: Innenansicht der Kirche des Redemptoristenklosters um 1910.

Dass Bochum seit den 1880er-Jahren nach und nach zum Zentrum der organisierten Ruhrpolenbewegung im Deutschen Reich avancierte, war Zufall. 1884 berief das Bistum Paderborn Józef Szotkowski zum Kaplan der

Pfarrei St. Peter für die zu dieser Zeit noch kleine polnische Gemeinde in Bochum, die bis dahin von Wanderpredigern sporadisch seelsorgerisch betreut worden war. Szotkowski wohnte im ehemaligen Redemptoristenkloster an der Klosterstraße, das im Rahmen des „Kulturkampfes“ um die Trennung von Staat und Kirche durch die preußische Regierung 1873 aufgelöst worden war. Schon bald ging seine Tätigkeit über Bochum hinaus. Er organisierte die Seelsorge im gesamten Ruhrgebiet und förderte die Gründung von kirchlichen Vereinen, sodass das Kloster zum Zentrum der Polenseelsorge des gesamten Ruhrgebiets wurde.

Mit seinem Nachfolger, Franciszek Liss, gewann die Entwicklung zwischen 1890 und 1894 an Schwung. Liss gründete Ende 1890 den *Wiarus Polski*, die erste polnischsprachige Zeitung des Ruhrgebiets, und schuf damit ein Medium, das den Zusammenhalt der Ruhrpolen und ein nationalpolnisches Bewusstsein förderte. Die Auflage von bis zu 15.000 Exemplaren machte den zunächst dreimal und ab 1902 sechsmal pro Woche erscheinenden *Wiarus Polski* zum bedeutendsten Informationsorgan der Ruhrpolenbewegung. Neben der obligatorischen Berichterstattung zu politischen und wirtschaftlichen Themen enthielt er Nachrichten aus dem Vereinswesen, Ankündigungen von öffentlichen Veranstaltungen sowie einen Anzeigenteil. Sitz der Redaktion wie auch Druckort war Bochum im Umfeld des Redemptoristenklosters, zuerst im Kloster selbst, dann in der Maltheserstraße 17 und später in der Klosterstraße 8-10 (heute Am Kortländer). 1911 umfasste die polnischsprachige Presse im Ruhrgebiet acht Titel, davon erschienen sechs in Bochum und zwei in Herne.

Aufgrund seiner „kirchenfremden“ politischen Tätigkeiten wurde Liss vom Bistum Paderborn entlassen. Nachdem die Übernahme der Polenseelsorge durch Franziskaner am Widerstand der Polen gescheitert war, kehrten die Redemptoristen 1899 mit der Aufgabe in das Kloster zurück, sich diesem Bereich besonders zuzuwenden. Den *Wiarus Polski* übernahmen 1893 Anton und Jan Brejski. Von nun an fungierte die Redaktion als Ausgangspunkt für die Gründung verschiedener eigenständiger politi-

scher Organisationen in Bochum. Bereits 1894 entstand der Związek Polaków w Niemczech (ZPwN), der Bund der Polen in Deutschland oder kurz „Polenbund“ genannt, mit Sitz in der Klosterstraße 6. Auch wenn seine Wirkung weitgehend auf das Ruhrgebiet beschränkt blieb und es ihm letztlich trotz zahlreicher Untergruppierungen in vielen Orten nicht gelang, breitere Bevölkerungsteile der Ruhrpolen zu erreichen, spielte er in den ersten Jahren seiner Existenz eine bedeutende Rolle, da er den Forderungen vieler Polen öffentlich Ausdruck verlieh. So stellte er Redner auf Versammlungen polnischer Vereine, organisierte öffentliche Protestkundgebungen und verbreitete Stellungnahmen zu wichtigen Themen. Im Vordergrund standen etwa die Anerkennung und Zulassung der polnischen Sprache und die Abstellung von polnischen Priestern.



Abb. 3: Fahne von 1893 eines polnischen Vereins im Bestand des Bundes der Polen in Deutschland.

Die mangelnde Unterstützung der Wünsche nach polnischen Priestern war ein wesentlicher Punkt für die wachsende Distanz zwischen den polnisch-katholischen Vereinen und den deutschen Gemeinden seit der zweiten Hälfte der 1890er-Jahre. Viele dieser Vereine politisierten sich nach und nach und bekamen einen immer stärkeren national-polnischen Charakter. Trotzdem wurde die Gründungswelle von Vereinen mit bewusst katholischer Ausrichtung dadurch nicht gebremst. 1904

gründete sich als Dachverband auf Initiative des Wiarus Polski der „Bund polnisch-katholischer Vereine für gegenseitige Hilfe in Westfalen, im Rheinland und in den benachbarten Provinzen mit Sitz in Bochum“ („Związek Wzajemnej Pomocy Poslkich Towarzystw Katolickich dla Westfalii, Nadrenii i Prowincji Sąsiedzkich z Siedzibą w Bochum“). 1914 war mit 174 Vereinen, die ca. 18.500 Mitglieder hatten, die Mehrheit der polnisch-katholischen Ruhrgebietsvereine in diesem Verband organisiert. Der Polenbund verlor seine Bedeutung schrittweise nach der Gründung der polnischen Gewerkschaft Zjednoczenie Zawodowe Polskie (ZZP) im Jahr 1902, die später ihren Sitz in der Klosterstraße 4 hatte. Ausschlaggebend für die Entstehung einer eigenen Gewerkschaft war die unzureichende Vertretung der Polen durch den sozialdemokratisch orientierten „Alten Verband“ und den christlichen „Gewerkverein“, den beiden wichtigsten Bergarbeiterorganisationen.

Über 80 % der Ruhrpolen arbeiteten im Bergbau. Bereits in den 1870er-Jahren hatten viele Zechen damit begonnen, Arbeiter aus den vier preußischen Ostprovinzen im Rahmen von Anwerbeaktionen ins Ruhrgebiet zu locken. An den Zechen bildeten sich erste, landsmannschaftlich weitgehend geschlossene Siedlungszentren heraus. Nachziehende Polen bevorzugten bei der Ansiedlung solche Herkunftszentren, deren Bevölkerungsstruktur sich dadurch verfestigte. Oberschlesier waren in Bottrop besonders stark vertreten, ostpreußische Masuren in einigen Teilen Gelsenkirchens, die Posener punktuell in Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen und Essen. Ein Spiegelbild dieser Entwicklung boten die ortsansässigen Großzechen. Die im Bergbau typische Gruppenarbeit unter Tage in der „Ortskameradschaft“ förderte die Bindung auch am Arbeitsplatz, sodass sich hier ähnliche Muster herausbildeten.

Auf zwischenzeitlich bis zu 30 Zechen – im Volksmund „Polenzechen“ genannt – machten sie mehr als die Hälfte der Belegschaft aus, mit Spitzenwerten von über 70 % wie bei der Hertener Zeche Ewald mit 85 %, der Zeche Pluto in Herne mit 75 % und der Zeche Danenbaum in Bochum mit 72 %. Diese Beispiele zeigen, dass die Branche auf die zahlreichen polnischen Arbeiter angewiesen war. Für die Polen selbst bot sich ein ambivalentes Bild. Einerseits wurden Sie zunächst bevorzugt für schwere, minderwertige und gesundheitsschädliche Arbeiten mit schlechter Bezahlung herangezogen, was ihnen den Ruf von Lohndrückern einbrachte. Auf der anderen Seite war die Tätigkeit auf solchen Zechen aber auch eine bedeutende Chance, erhielten sie hier doch die Gelegenheit zum beruflichen Aufstieg mit besseren Löhnen und zur Weiterqualifizierung. Gleichzeitig verfestigte die Beschäftigung auf einer „Polenze-

che“ das weit verbreitete Stigma des integrationsunwilligen und -unfähigen Polen.

Dennoch wurde die polnische Sprache in Arbeitsordnungen oder Aushängen der Zechen nicht berücksichtigt. Mit dem Gesetz vom 25. Januar 1899, das die Einstellung und Beförderung von Bergleuten von der Beherrschung der deutschen Sprache abhängig machte, verschärfte der preußische Staat, unterstützt durch die Zechenbesitzer und die christliche Gewerkschaft, die Situation. Die als Begründung vorgeschobenen Sicherheitsbedenken leiteten eine Phase verstärkter Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung ein, die nach der Jahrhundertwende in rigider polizeilicher Überwachung von polnischen Veranstaltungen, des *Wiarus Polski* und der Aktivitäten der Verbände gipfelte. Nationalpolnische Bestrebungen zur Wiedererrichtung des Staates Polen wurden von den deutschen Polizeibehörden als staatsfeindliche Aktivität eingestuft.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen initiierten die Brüder Brejski in Zusammenarbeit mit einigen Vertretern der polnischen Bergleute die Gründung der ZZZP, die neben den klassischen gewerkschaftlichen Zielen auch die „*gebührende Achtung und Stellung* [ihrer Mitglieder] *in der Gesellschaft*“ erreichen sollte. Die ZZZP entwickelte sich schnell zur mitgliederstärksten polnischen Organisation im Deutschen Reich. An den Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet 1905 und 1912 war die Gewerkschaft maßgeblich beteiligt. 1911 wurde der Sitz der ZZZP nach Kattowitz verlegt, wobei die Zentrale der Bergbauabteilung, der die meisten Mitglieder angehörten, in Bochum verblieb.

Von herausragender politischer Bedeutung war auch das Komitet Wyborczy dla Westfalii, Nadrenii i Sąsiednich Prowincji (Wahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die benachbarten Provinzen), das 1897 anlässlich der Reichstagswahlen des folgenden Jahres in Bochum entstand, um Ende 1898 offiziell gegründet zu werden. Als Reichbürger besaßen die Polen das Wahlrecht in Deutschland, das sie bei den Reichstagswahlen von 1893 nach dem entsprechenden Aufruf des *Wiarus Polski* zugunsten der katholischen Zentrumsparterie ausübten. Von der mangelnden Unterstützung der Partei wie auch der katholischen Kirche enttäuscht, entschloss man sich später, Bedingungen an das Zentrum und dessen Kandidaten zu stellen. Im Verlauf des folgenden Jahrzehnts emanzipierte sich das Bochumer Wahlkomitee mit wachsendem Organisationsgrad von parteipolitischen Bindungen und dem zentralen Wahlkomitee in Posen. Es wurden eigene Kandidaten bei Wahlen aufgestellt, und mitunter waren die polnischen Stimmen bei der Entscheidung für einen Wahlkreis ausschlaggebend.

Angesichts der engen Verbindung der beiden wichtigen politischen Organisationen der Ruhrpolen und des Hauptpresseorgans im Bochumer Norden ist es wenig

verwunderlich, dass um diese Keimzelle herum weitere polnische Institutionen angesiedelt wurden. Von herausragender Bedeutung war schließlich der systematische Ankauf benachbarter Immobilien in der Klosterstraße, die bald im Volksmund als „Klein Warschau“ oder „Polnischer Querschlag“ bezeichnet wurde. 1905 entstand das Komitet Budowy Domu Polskiego w Bochum (Baukomitee für das Polnische Haus in Bochum), das bis zum Ersten Weltkrieg die Häuser in der Klosterstraße 2-14 erwarb oder selbst errichtete. Folgende Institutionen hatten hier bis in die 1930er-Jahre hier ihren Sitz:

Haus Nr.	
2	die Arbeiterbank – Bank Robotników
4	die Polnische Gewerkschaftsvereinigung – Zjednoczenie Zawodowe Polskie
6	<ul style="list-style-type: none"> <li>♦ eine Filiale der Handelsbank – Kasa depozytowa Bank Handlowy eGmbH</li> <li>♦ das Ausführende Komitee – Komitet Wykonawczy</li> <li>♦ der Bund der Polen in Deutschland – Związek Polaków w Niemczech</li> <li>♦ die Nationale Arbeiterpartei – Narodowa Partia Robotnicza</li> <li>♦ die Zentrale der Volksbüchereien – Centrala bibliotek ludowych</li> <li>♦ das Sekretariat der Schulvereine – Sekretariat Towarzystw Szkolnych</li> </ul>
8 + 10	die Redaktion und die Druckerei des <i>Wiarus Polski</i> sowie das Soziale Büro der Reichstagsfraktion
12	die Abteilung Bergbau der polnischen Gewerkschaft ZZZP
14	Wohnhaus

1912 hatten in einem der Häuser außerdem drei polnische Ärzte ihre Praxen und der polnische Rechtsanwalt Anton Banaszek seine Kanzlei. Damit hatte sich Bochum endgültig als Zentrum der Polen im Ruhrgebiet bzw. im Westen des Deutschen Reiches etabliert.

Die erfolgreiche Institutionalisierung der Ruhrpolen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die polnische Erwerbsmigration ins Ruhrgebiet nahezu ausschließlich aus Bauern und Arbeitern bestand, die zu einem nicht unerheblichen Teil nur über unzureichende Lese- und Schreibfähigkeiten verfügten. Ein polnischer Mittelstand mit selbstständigen Kaufleuten und Handwerkern bildete sich daher nur langsam heraus und blieb – gemessen am Anteil an der polnischen Gesamtbevölkerung – auch im Vergleich zum deutschen Mittelstand unterrepräsentiert. Der Großteil konzentrierte sich auf den Kleinhandel, produzierende Unternehmen oder gar Fabriken blieben die absolute Ausnahme. Dies mag

auch mit der unzureichenden Kapitalmobilisierung zusammengehangen haben. Bis 1904 überwiesen die Polen das ersparte Geld größtenteils in die Heimat und legten es dort bei polnischen Banken an. Erst 1904 errichteten einige polnische Banken Filialen im Ruhrgebiet oder es entstanden neue polnische Banken. Die meisten dieser Institute blieben allerdings wirtschaftlich wenig erfolgreich oder mussten nach kurzer Zeit wieder schließen. Beispiele sind die 1905 in Bochum gegründete Bank Ludowy (Volksbank), die 1911 Konkurs anmeldete, die 1912 bzw. 1913 in Bochum eingerichteten Zweigstellen der „Bank Handlowy“ (Handelsbank) und der „Bank Spółek Zarobkowych“ (Bank des Verbandes polnischer Erwerbsgenossenschaften). Von den in Bochum stationierten Banken bzw. Bankfilialen war die 1917 auf Initiative der ZZP gegründete „Bank Robotników“ (Arbeiterbank) am erfolgreichsten, die bis zur Schließung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1939 bestand.



Abb. 4: Haus in der Klosterstraße, heute „Am Kortländer“ mit der Werbung für die Polnische Arbeiterbank um 1917.

Bochum entwickelte sich auch als Zentrum des polnischen Kulturlebens. Neben überregionalen Wahlver-

staltungen und politischen Versammlungen fanden seit den 1890er-Jahren regelmäßig überregionale Zusammenkünfte, Treffen und Ausstellungen polnischer Vereine, Vereinigungen und Verbände statt. Im Vordergrund des Interesses standen neben religiösen Vereinen Gesangs- und Sportvereine. Existierten 1896 im Ruhrgebiet 77 Vereine dieser Art, so waren 1904 bereits fast 200 registriert und 368 im Jahre 1911. 1894 fand der erste polnische Katholikentag in Bochum statt und 1913 die Industrieausstellung polnischer Selbstständiger im Bochumer Schützenhof. Insgesamt betrachtet entwickelte sich das Vereinswesen im Ruhrgebiet im Vergleich mit den anderen polnischen Zentren im Deutschen Reich deutlich umfangreicher und vielfältiger.

Für die Leitung und Entwicklung dieser Organisationen benötigte man Personal, das sich fast vollständig aus den in das Ruhrgebiet übergesiedelten Polen rekrutieren musste. Die institutionelle Konzentration der polnischen Aktivitäten in Bochum zog zahlreiche engagierte Polen in die Stadt, die hier in politischer Arbeit und gewerkschaftlicher Arbeit weitergebildet wurden. Daraus entwickelte sich bis ins erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine polnische Führungsschicht. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Begriff der „Kuznia Bochumska“, der „Bochumer (Kader-)Schmiede“ geprägt, der sogar Aufnahme in das 1939 erschienene Lexikon des Polentums in Deutschland fand und häufig in den Erinnerungen von polnischen Einwanderern der ersten und zweiten Generation auftaucht, die sich selbst als „Erzogene der Bochumer Kaderschmiede“ bezeichneten.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg behielt Bochum seine Bedeutung als Polenzentrum des Ruhrgebiets. Allerdings hatte sich die Anzahl der in der Region lebenden Polen deutlich reduziert. Von den ehemals rund 500.000 Polen war etwa ein Drittel in den neugegründeten polnischen Staat remigriert und ein weiteres Drittel in die prosperierenden Bergbauregionen Belgiens und Nordfrankreichs abgewandert, die gezielt die gut ausgebildeten polnischen Bergleute aus dem Ruhrgebiet mit hohen Löhnen abwarben. Zahlreiche polnische Männer hatten zudem als Soldaten des deutschen Heeres den Krieg nicht überlebt. Mit der Abwanderung der polnischen Bevölkerung verlor Bochum auch zwei bedeutende polnische Institutionen: Der Wiarus Polski verlegte seinen Sitz nach Lille in Frankreich und die Gewerkschaft ZZP den Schwerpunkt ihrer Arbeit nach Polen. Die in Deutschland verbliebene Bergbauparte der Gewerkschaft konnte allein aufgrund der stark reduzierten Mitgliederzahlen ihre herausragende Bedeutung der Vorkriegszeit nicht mehr wiedererringen.

Die Rückwanderung nach Polen war nur auf den ersten Blick eine einfache und konsequente Angelegenheit für die Ruhrpolen. Religiosität, nationalpolnischer Aktivismus und die Unterdrückung durch die deutschen

Behörden hatten viele darüber hinwegtäuscht, dass gewaltige Unterschiede zwischen den Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland und denen in Polen bestanden. Die remigrierten Ruhrpolen stießen in ihrer neuen Wahlheimat nicht selten auf Ablehnung. Ihr im Ruhrgebiet erworbenes Klassenbewusstsein erzeugte in Polen Widerstand und verstärkte die Konflikte, so dass die ehemals neutrale Bezeichnung „Westfalcyk“ für die ins Ruhrgebiet ausgewanderten Polen zum diffamierenden Schimpfwort wurde. Hatte das gegen Ende des Krieges neu formierte „Ausführende Komitee“ zunächst die Organisation der Rückwanderung der Polen in den Vordergrund seiner Aktivitäten gestellt, machte es angesichts der unerwarteten Entwicklung Anfang der 1920er-Jahre eine Kehrtwende und begann mit der Reorganisation der verbliebenen polnischen Bevölkerung im Ruhrgebiet. 1922 wurde der ursprünglich in seiner Arbeit auf das Ruhrgebiet beschränkte Bund der Polen in Deutschland (ZPwN) als landesweite Dachorganisation mit dem Anspruch der einzigen legitimen politischen Vertretung der in Deutschland lebenden Polen neu gegründet. Der Verband besaß fünf Verwaltungsbezirke. Bochum blieb die zentrale Verwaltungsstelle der Region III für Rheinland und Westfalen mit dem Ruhrgebiet.



Abb. 5: Fahne des 1922 gegründeten Bundes der Polen mit der symbolischen Darstellung der Weichsel. Dieses Signet ersetzte in den 1930er Jahren den polnischen Adler, der unter den Nationalsozialisten nicht mehr verwendet werden durfte.

Die Arbeit konzentrierte sich nun auf Frauen und Jugendliche, da der ZPwN bei den in zweiter und dritter Generation in Deutschland lebenden und hier geborenen jungen Polen Germanisierungstendenzen ausmachte, die mit dem Verlust der Muttersprache und der polnischen Identität einhergingen. Resultat der Bemühun-

gen war u. a. die Zusammenfassung örtlicher Jugendorganisationen zum Bund der Polnisch-Katholischen Jugend für Westfalen und das Rheinland (Związek Młodzieży Polskiej na Westfalii). Die Schulung und Ausbildung neuer Aktivisten erfolgte in den Räumlichkeiten der Klosterstraße 6. Bis Anfang der 1930er-Jahre stiegen die Mitgliederzahlen der Verwaltungsregion III des ZPwN auf 16.000 – darunter mehr als die Hälfte Frauen – und damit auf die größte Mitgliederzahl aller Regionen. Die vor dem Krieg vorhandene Einigkeit der polnischen Institutionen in Bochum war jedoch trotz ähnlicher Ziele und thematischer Ausrichtung nicht mehr zu erreichen. Als Konkurrenzorganisation arbeitete der Bund polnisch-katholischer Vereine, in dem Ende 1927 189 Vereine mit über 10.000 Einzelmitgliedern organisiert waren.

Im Verlauf der nationalsozialistischen Repressionspolitik kamen die Aktivitäten der polnischen Organisationen sukzessive zum Erliegen. Die Angst vor Verfolgung ließ die Mitgliederzahlen rapide sinken. So hatte der ZPwN 1935 nur noch 4.500 Mitglieder. Nach der Aufkündigung des Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes mit Polen durch das nationalsozialistische Deutsche Reich gingen die Behörden offen und rigide gegen das polnische Verbandswesen vor. Am 15. Juli 1939 wurde die Klosterstraße 6 von der Gestapo durchsucht und kurz darauf das Büro der des ZPwN in Bochum geschlossen. Nach dem Anfang des Zweiten Weltkriegs durch den deutschen Überfall auf Polen wurden 249 polnische Aktivisten aus Rheinland und Westfalen verhaftet, viele kamen ins KZ, einige wurden dort ermordet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verloren die polnischen Organisationen im Ruhrgebiet ihre Bedeutung und Bochum seine Position als Polenzentrum, denn ein Großteil der Leitungsgremien hatte die nationalsozialistische Verfolgung und den Krieg nicht überlebt. Erst Anfang der 1950er-Jahre wurde die Region III des Polenbundes mit Sitz in Bochum ins Vereinsregister eingetragen und ein Teil des ehemaligen Immobilienbesitzes restituiert. Das Haus Am Kortländer 6 (ehemals Klosterstraße Nr. 6) wurde erneut Stammsitz des Bundes der Polen. Eine größere Bindungskraft konnte der Polenbund jedoch nicht mehr entwickeln, denn Passagen in der Satzung, die die Mitgliedschaft auf deutsche Staatsbürger mit „unzweifelhafter nationaler Vergangenheit“ beschränkten, schlossen etwa die nach dem Krieg in Deutschland verbliebenen Polen aus. Die Anzahl der Altmitglieder aus den ersten Migrationsgenerationen sank zusehends, und die Rekrutierung ihrer Nachkommen erwies sich als zunehmend schwierig.

Mit dem Kalten Krieg und der politischen Integration Polens in das sowjetisch beherrschte Staatensystem des Ostblocks kam es zur Zerreißprobe. Der traditionelle,

national-konservative Teil der Polen vertrat weiterhin die klassischen Positionen des Polenbundes und stand der polnischen Exil-Regierung in London nahe, während eine andere Gruppe die politische Neuordnung und die Gründung der Volksrepublik Polen akzeptierte. Diese spaltete sich 1952 ab und gründete in Hamburg den Bund der Polen in der Bundesrepublik Deutschland – Zgoda. Damit bestanden zwei Organisationen mit fast gleichem Namen, aber unterschiedlichen politischen Zielen, was die politische Interessenvertretung nicht erleichterte. 1956 zog die Deutschlandzentrale des alten Polenbundes in das Haus Am Kortländer 6. Auch wenn in den folgenden Jahrzehnten die Mitgliederzahlen stabilisiert und neue Ortsgruppen gegründet werden konnten, gelang es nicht, an die alten Erfolge anzuknüpfen. Nachwuchsmangel und Überalterung prägten die weitere Entwicklung, die der ZPwN in den 1980er-Jahren etwa durch seine distanzierte Haltung gegenüber den politischen Flüchtlingen aus der Solidarność, der polnischen Gewerkschaftsbewegung, noch beförderte. Der ZPwN in Bochum ist heute eine von vielen Organisationen der polnischen Migranten in der Region.

Geblichen sind in Bochum neben den erhaltenen Gebäuden in der Straße Am Kortländer die Bibliothek und das Archiv des ZPwN mit seinen einzigartigen Beständen, die die Geschichte der Polen im Ruhrgebiet dokumentieren und nun Teil der Dokumentationsstelle „Porta Polonica“ zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland sind. Nach außen verweist nur noch die verblasste Inschrift auf der Seitenwand des Hauses Am Kortländer Nr. 2 „Bank Robotników e.G.m.b.H.“ auf die lange Tradition der Straße als Polenzentrum des Ruhrgebiets.

#### Verwendete Literatur

*Bade, Klaus J. (Hg.):* Deutsche im Ausland, Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992

*Becher, Ursula A. J./Borodziej, W./Maier, R. (Hg.):* Deutschland und Polen im zwanzigsten Jahrhundert, Analysen – Quellen – didaktische Hinweise, Hannover 2001

*Belchem, John/Tenfelde, Klaus (Hg.):* Irish and Polish Migration in Comparative Perspective, Essen 2003

*Bingen, Dieter:* Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, Baden-Baden 1998

*Brandt, Hans Jürgen:* Das Kloster der Redemptoristen in Bochum und die Polenseelsorge im westfälischen Industriegebiet, in: *Spicilegium historicum Congregationis SSmi [Sanctissimi] Redemptoris XXIII* (1975), S. 131-199

*Dahlmann, Dittmar/Kotowski, Albert S./Karpus, Zbigniew (Hg.):* Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen der Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2005

*Grieger, Manfred/Schmidt, Claudia:* „Der Verein hat seit seinem Bestehen überhaupt noch kein Fest oder sonst was

gefeiert“. Zur Migrantenkultur der Polen in Bochum vor dem Ersten Weltkrieg, in: Friedemann, Peter/Seebold, Gustav (Hg.): *Struktureller Wandel und kulturelles Leben. Politische Kultur in Bochum 1860-1990*, Essen 1992, S. 189-214

*Hoffmann, Johannes:* Menschen aus dem Osten im Ruhrgebiet (1869-1990). Spuren und Stereotypen, in: Dreger, R./Lamschik K. (Hg.), *Woher kommst Du – wohin gehst Du? Migrationsbewegungen im Ruhrgebiet*, Münster 1995, S. 39-51

*Kift, Dagmar/Osses, Dietmar (Hg.):* Polen – Ruhr. Zuwanderungen zwischen 1871 und heute, Essen 2007

*Kleßmann, Christoph:* Der „Wiarus Polski“. Zentralorgan und Organisationszentrum der Polen im Ruhrgebiet 1891-1923, in: *Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark* 69 (1974), S. 383-397

*Kleßmann, Christoph:* Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870 bis 1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978

*Murzynowska, Krystyna:* Die polnischen Erwerbsauswanderer im Ruhrgebiet während der Jahre 1880-1914, Dortmund 1979

*Osses, Dietmar/Schade, Wulf:* Bochum – Polenzentrum des Reviers?, in: Kift, Dagmar/Osses, Dietmar (Hg.): *Polen – Ruhr. Zuwanderungen zwischen 1871 und heute*, Essen 2007, S. 25-32

*Pallaske, Christoph (Hg.):* Die Migration von Polen nach Deutschland. Zu Geschichte und Gegenwart eines europäischen Migrationssystems, Baden-Baden 2001

*Peters-Schildgen, Susanne:* „Schmelztiegel“ Ruhrgebiet. Die Geschichte der Zuwanderung am Beispiel Herne bis 1945, Essen 1997

*Peters-Schildgen, Susanne:* Polish Pits and Community Formation in the Northern Ruhr Area until 1939, in: Belchem, John/Tenfelde, Klaus (Hg.): *Irish and Polish Migration in Comparative Perspective*, Essen 2003, S. 157-168

*Schade, Wulf:* Kuznia Bochumska – die Bochumer (Kader-) Schmiede, in: *Bochumer Zeitpunkte. Beiträge zur Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege* Nr. 17/2005, S. 3-21

*Schade, Wulf:* Verkrüppelte Identität. Polnische und masurische Zuwanderung in der Bochumer Geschichtsschreibung, in: *Bochumer Zeitpunkte. Beiträge zur Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege* Nr. 23/2009, S. 25-51

*Stefanski, Valentina-Maria:* Zum Prozeß der Emanzipation und Integration von Außenseitern: Polnische Arbeitsmigranten im Ruhrgebiet, Dortmund 1984

*Wehler, Hans-Ulrich:* Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 48 (1961), S. 203-235

#### Abbildungsnachweis

Abb. 1: Stadt Bochum, Presse- und Informationsamt; Abb. 2: Hansi Hungerige, Kalender Bochum 2001; Abb. 4: Bund der Polen in Deutschland: Festschrift 50 Jahre Bund der Polen in Deutschland, Warschau 1972; Abb. 3 und 5: Hans H. Hanke.

Hans H. Hanke

## Bochums neue „Porta Polonica“

Bochum ist um eine internationale Kulturinstitution reicher geworden!

Die in Bochum bei vielen durch die historische Werbung für die polnische Arbeiterbank bekannte Straße am Kortländer wird Mittelpunkt der Dokumentationsstelle zur Geschichte und Kultur der Polen in Deutschland. Vertreterinnen und Vertreter der Politik, der Fachwissenschaft und polnischer Organisationen in Deutschland nahmen das Projekt schon 2012 sehr positiv auf. Aufbau und Betrieb der Dokumentationsstelle werden vollständig vom Bundesministerium für Kultur und Medien (BKM) gefördert.

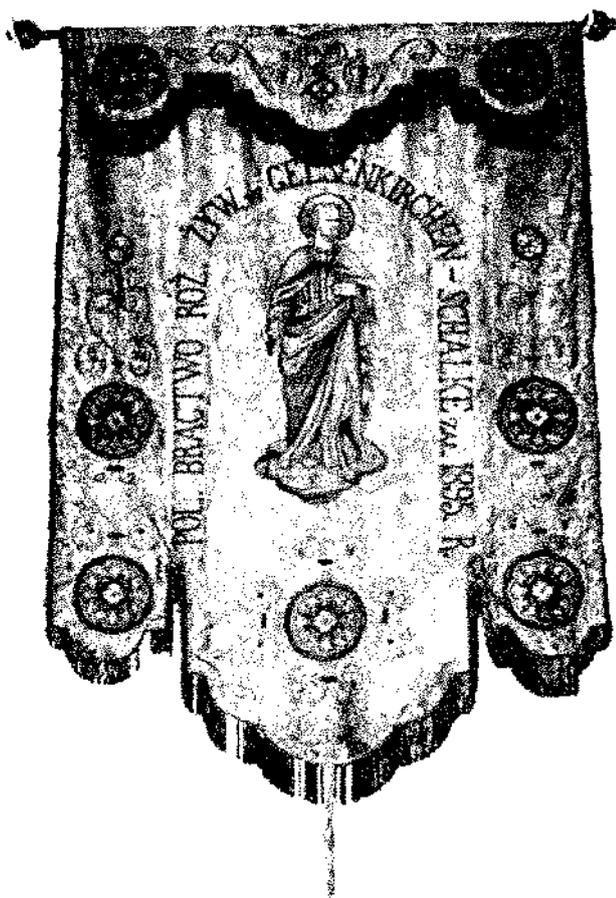


Abb. 1: Fahne von 1895 eines polnischen Vereins im Bestand des Bundes der Polen in Deutschland.

Geleitet wird die Dokumentationsstelle von Herrn Jacek Barski, angegliedert ist sie an das LWL-Industriemuseum. Zunächst wurde ein dreisprachiges Internetportals mitsamt Facebook- und Twitter-Auftritt eingerichtet, das mit leicht verständlichen Inhalten sowie attraktivem Bild- und Tonmaterial möglichst vielen

Besucherinnen und Besuchern die Geschichte und Kultur der Polen in Deutschland näherbringen soll. Das Internetportal wurde am 12. Juni 2014 im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Generalkonsulat der Republik Polen in Köln unter dem Titel „25 Jahre nach der Wende – wo stehen wir heute? Deutsch-Polnischer Partnerschaftstag 2014“ offiziell eröffnet. Neben einem Atlas der Erinnerungsorte und einem „Schaufenster“ sind auf der Internetseite Publikationen wie beispielsweise die Dokumentation des Workshops zur Errichtung der Dokumentationsstelle einsehbar. Auch mehrere Online-Ausstellungen sind zu sehen.

Es wurde vereinbart, dass der Sitz der Dokumentationsstelle in der Zentrale und Geschäftsstelle des Bundes der Polen in Deutschland, im „Polnischen Haus“ in Bochum, Kortländer 6, sein soll. Bis zur Sanierung dieses Objektes soll der Betrieb der Dokumentationsstelle von der Zeche Hannover in Bochum, einem Standort des LWL-Industriemuseums, ausgehen. Zur Kontrolle und Unterstützung der Geschäftsführung wurden zwei Gremien gebildet: ein Lenkungsausschuss, bestehend aus je einer Vertretung des Bundes, des LWL und des Bundes der Polen in Deutschland, der über alle grundsätzlichen Fragen wie die Grundzüge der Programmgestaltung oder den Wirtschaftsplan beschließt, sowie ein Kuratorium mit bis zu neun Mitgliedern aus Wissenschaft, Kultur und der Polonia, das die Entwicklung der Dokumentationsstelle beratend begleitet.

Mit Unterzeichnung von Verwaltungsvereinbarungen konnte die Dokumentationsstelle ihre Arbeit bereits Ende Juni 2013 offiziell aufnehmen. Zunächst wurde das Projektbüro in der Zeche Hannover eingerichtet und eine provisorische Website ans Netz gebracht. Der Name des Portals, „Porta Polonica“, wurde geschützt. Desweiteren wurden erste Exponate, Bücher, Gegenstände und Dokumente zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland gesammelt und zum Teil digitalisiert. Es wurden Vereinbarungen mit Partnerorganisationen geschlossen, wie der Polnischen Katholischen Mission (PKM), dem Brandt-Zentrum für Europa-Studien der Uni Wroclaw und dem Deutschen Polen Institut in Darmstadt. In Zusammenarbeit mit diesen und weiteren Kooperationspartnern sind verschiedene Konzepte zur Präsentation der bisher gesammelten Informationen und Exponate ausgearbeitet worden. So zum Beispiel die konzeptionelle Entwicklung einer großen Ausstellung zum Thema „polnische Displaced Persons in Deutschland“ in Form einer Online-Ausstellung (2015/1016) als auch als Exponaten-Ausstellung in der Zeche Hannover (2017) inklusive Ausstellungskatalog und einer Konferenz zu dem Thema. Mit dem Generalkonsulat der Republik Polen in Köln ist eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung kleinerer Veranstaltungen ab 2014

geschlossen worden. Ferner wurde bezüglich der Sanierung des „polnischen Hauses“ ein Konzept erstellt und ein erstes Gespräch mit der NRW Stiftung zur Finanzierung geführt, da die Sanierung nicht aus den institutionellen Fördermitteln des BKM finanziert werden kann.

Über die Präsentation im Internet hinaus ist eine Vortragsreihe mit jährlich zwei Vorträgen in Zusammenarbeit mit dem Haus der Geschichte des Ruhrgebiets angelaufen. Weitere Ausstellungsvorhaben und Veranstaltungen, gemeinsam mit den zahlreichen Kooperationspartnern, sind in Planung. Darunter sind beispielsweise eine Wanderausstellung zum Thema „Porta Polonica“ zum weiteren Bekanntwerden der Dokumentationsstelle, die Weiterentwicklung der „Displaced Persons“-Ausstellung in der Zeche Hannover sowie die Planung einer Ausstellung der polnischen Werke aus der Sammlung des Kunstmuseums Bochum im Jahr 2015.

Es wurden auch vielversprechende Kontakte geknüpft. So ergab sich beispielsweise bei einem Beitrag über die Porta Polonica in der Fernsehsendung des RBB „Kowalski trifft Schmidt“ die Grundlage einer weiteren Zusammenarbeit. Außerdem soll in Kooperation mit dem Zeitungsforschungsinstitut Dortmund die bekannte polnische historische Zeitschrift „Wiarus Polski“ auf dem Portal zugänglich gemacht werden.

Die vollständige Realisierung des Portals ist bis Ende 2015 geplant. Bis dahin sollen noch eine Datenbank „Encyclopaedia Polonica“ mit Anbindung an die Deutsche Digitale Bibliothek entwickelt werden und weitere Einträge für den Atlas der Erinnerungsorte erarbeitet werden. Außerdem ist die Produktion von Filmen geplant.

Dieser Sachstand ist einem Bericht im Kulturausschuss des LWL vom 12. Dezember 2014 entnommen. Er zeigt den eindrucksvollen Start und die guten Perspektiven eines Projektes, das sozusagen aus dem Nichts Realität annahm und eine große Lücke auch in der Bochumer Geschichtsschreibung zu füllen verspricht.

In öffentlicher Sicht ist dieses Projekt möglich auf der Basis einer – auf sehr lange Sicht betrachtet – gelungenen Integrationsleistung der Polen in Deutschland und damit in Bochum. Die glücklicherweise gelungene Integration war aber kein so einfacher Prozess wie wir es sehen möchten. Wir dürfen uns nicht weigern, zur Kenntnis zu nehmen, dass die zuwandernden Polen vor dem Ersten Weltkrieg zwar als Arbeitskräfte gerufen wurden, als Mensch aber lange nicht willkommen waren. Sie galten im überwiegend evangelischen Ruhrgebiet als Fremde mit einem fremden Glauben; als Fremde, die verdächtigt wurden, einen eigenen Staat aufbauen zu wollen; als Fremde, deren „polnische Wirtschaft“ nicht zu akzeptieren war; als gefährliche Parallelgesellschaft, der man den sogar den Gebrauch der eigenen Sprache verbieten musste und die nicht zuletzt von Bo-

chum aus intensiv bespitzelt wurden. Es waren dann die Solidarität am Arbeitsplatz, die allmählich heranwachsenden Nachbarschaften in den Miethäusern und Siedlungen, kurzum das persönliche Kennenlernen, das hier ein Umdenken der Westfalen und Rheinländer bewirkt hat – sowie die nachhaltige demokratische Interessenvertretung, die sich von den drei Häusern am Kortländer in Bochum Achtung verschafft hat.

Es nützt uns nichts, wenn wir die Vergangenheit des 19. Jahrhunderts verklären. Es nützt dagegen, wenn wir in Kenntnis unserer gesamten gemeinsamen Geschichte an den guten Seiten weiterbauen und die üblen Wege nicht wieder betreten! Die Erfahrungen der Polen und Deutschen miteinander können unsere gegenseitige Beziehung verbessern. Und sie können bei vielen anderen Aufgaben der Integration helfen.

Welche Orte in Bochum bezeugen die gemeinsame Geschichte der Polen und Pohlbürger? Da sind die vielen Gedenkstätten für Grubenunglücke, wie zum Beispiel in Bochum Gerthe. Am 7. August 1912 wurden dort auf der Zeche Lothringen Schacht I/II in Gerthe bei einer Schlagwetter-Explosion in 350 Meter Tiefe 114 Bergleute getötet, darunter viele Polen.



Abb. 2: Ort polnisch-deutscher Geschichte in Bochum: Grabmal für das Grubenunglück in Gerthe 1912. Damals starben auch polnische Bergleute.

Da sind die Kriegerdenkmäler, auf denen mindesten seit 1871 auch polnische Namen zu finden sind. Nahezu jeder Ortsteil Bochums hatte so eins und nicht wenige haben sich erhalten. So zum Beispiel auf dem Friedhof Bochum-Hordel.



Abb. 3: Ort polnisch-deutscher Geschichte in Bochum: Grabmal für den deutsch-polnischen Bürger Franz Zielinsky auf dem Friedhof Hordel, der am Ersten Weltkrieg teilnahm und 1922 wohl an Spätfolgen einer Verletzung starb.

Sehr prominent ist das Kriegerdenkmal mitten in Bochum am Rathaus, in der Christuskirche. 1.358 Namen sind dort in einem Goldmosaik von 1931 in der Turmhalle zu lesen, auch hierunter sehr viele polnische Namen. Trotzdem wurde dort in die Liste der „Feindstaaten“ Polen mit aufgenommen. Eine unglaubliche Geschichtsverfälschung! Seit einigen Jahren wird dem in einem andauernden künstlerischen Prozess entgegen gewirkt. Der Künstler Jochen Gerz lässt aus der Turmkapelle heraus eine neue Namensliste auf seinen davor liegenden „Platz des Europäischen Versprechens“ fließen. Es sind die Namen europäischer Bürger, die Europa ein ungenanntes Versprechen gegeben haben, die zu einem gemeinsamen Europa stehen und nicht zu einem in nationalen Streitigkeiten und Vorurteilen aufgeriebenen Europa. 14.500 Namen sind bisher zusammengekommen, darunter auch viele aus Polen.



Abb. 4: Fahne von etwa 1900 eines polnischen Vereins im Bestand des Bundes der Polen in Deutschland.



Abb. 5: Fahne von 1911 eines polnischen Vereins im Bestand des Bundes der Polen in Deutschland.

Bochum ist sich als ehemalige NS-Gauhauptstadt seiner Verantwortung für Terror und Krieg schon lange bewusst. Auf dem Bochumer Zentralfriedhof und an anderen Orten werden die Grabanlagen und Gedenkstätten für Polinnen und Polen, die durch Zwangsarbeit und Terror umgekommen sind, gepflegt. Zuletzt ist in diesem Jahr der ehemalige KZ-Standort „Saure Wiese“ durch den Bochumer Künstler Markus Kiel als Gedenkort gestaltet worden. An der Gewerkenstraße und der Bergener Straße stehen ehemalige Zwangsarbeiterlager, die nach einem Umbau 1947 bis heute als normale Wohnungen genutzt werden. Sie sind als Orte der Mahnung in die Denkmalliste der Stadt Bochum aufgenommen worden. Besonders in der Siedlung an der Gewerkenstraße wird unter dem Projektnamen „Bewahren durch Beleben“ der Vergangenheit des Ortes gedacht.

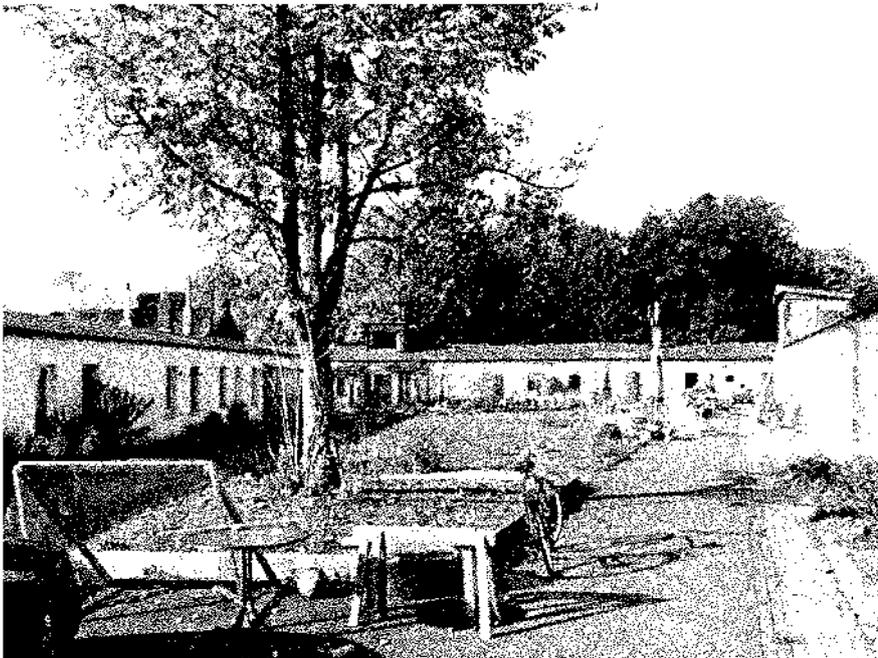


Abb. 6: Ort polnisch-deutscher Geschichte in Bochum: das ehemalige, um 1943 errichtete Zwangsarbeiterlager an der Gewerkenstraße. Nach 1945 zunächst zum Berglehlingsheim umgebaut, ist es heute ein genossenschaftliches Wohnprojekt, in dem die mahnende Erinnerung wachgehalten wird.

Ich beende hier diese vorläufige Liste, aber nicht ohne darauf hinzuweisen, dass wir die Plätze schrecklicher Ereignisse schneller finden, als die des doch über Jahrzehnte einvernehmlichen Miteinanders. Sollten wir das nicht ändern? Die Mahnungen vor Augen behalten und aufbrechen, die Orte gemeinsamer Freude zu finden?

Wir haben in Bochum Museen und Archive, in denen wir mit der Suche beginnen können. Die LWL-Zeche Hannover muss man hier nicht vorstellen. Unser Zentrum für Stadtgeschichte, also das Stadtarchiv mit seinem historischen Museum, bearbeitet auch die deutsch-polnische Geschichte mit einem besonderen Auftrag des

Rates der Stadt Bochum. Literatur zum Thema in einem kaum zu überbietenden Umfang findet man im „Haus der Geschichte des Ruhrgebiets“. Das größte Museum seiner Art, das „Deutsche Bergbaumuseum“ mit seinem Archiv beherbergt Anschauungs- und Forschungsmaterial. Das Kunstmuseum Bochum sammelt als eines der wenigen deutschen Institutionen seit vielen Jahrzehnten osteuropäische Kunst, etliche namhafte polnische Kunstschaffende sind dort vertreten.

„Man sieht, was man weiß“, ist ein Satz in der Dokumentation, der auch in Bochum gilt. Wir haben Einiges übersehen! Da gibt es sicherlich Kelche und andere Altargeräte, die auch von Polen aus Bochum für Kirchen in Bochum gestiftet worden – sie stehen in Vergessenheit. In welchen Nähschulen und anderen Haushaltsschulen des 19. Jahrhunderts konnten Polinnen mit anderen ehemaligen Bewohnern bäuerlich geprägter Provinzen lernen, sich von ländlicher Lebensweise auf die Ansprüche einer Großstadt mit Fabriken und der Zechen umzustellen? Wir wissen ganz allgemein: Das gab es. Aber wo genau, wie genau?

Wir sollten auch über Grenzen schauen, das zeigen nicht nur die Arbeitersiedlungen, die um das „LWL-Museum Zeche Hannover“ in Bochum und Herne verstreut liegen. In Herne versteckt hat sich auch ein Masurischer Betsaal erhalten. Bauherr war 1908 Bergmann Gottlieb Sczepan, der auch Vorsitzender des „evangelisch-lutherischen Gebetsvereins“ war. Der Herner Architekt Kemper entwarf eine Basilika von 20 Metern Länge, 15 Metern Breite und 10 Metern Höhe.

Wir können örtliche Grenzen überschreiten – aber auch zeitliche: Fast niemand weiß, das im Bochumer Stadtteil Altenbochum ein Bauernhof liegt, an dem einst der berühmte Hellweg von Brügge nach Nowgorod entlang führte. Der Bochumer Friemannshof

war ein Kaiserhof, in dem darum 1377 auch der für Polen und Deutschland nicht ganz uninteressante Kaiser Karl IV einkehrte. Unsere Kenntnisse zur älteren Zeit verlieren sich aber im Anekdotischen, was immerhin ein guter Ausgangspunkt für weitere Forschungen sein kann. Unser wichtigstes Buch zur Stadtgeschichte von Franz Darpe hält zum Beispiel fest, das aus dem Bochumer Stadtsäckel um 1659 eine „arme Frau aus Polen, deren beide Söhne von Tartaren gefangen waren“ Unterstützung erhielt. Was mag das für eine Geschichte sein? 1831 kam das „Wochenblatt für den Kreis Bochum“ zu einem erstaunlichen Urteil über die Revoluti-

onen in Frankreich, Belgien und Polen: „*Es gibt kein anderes zuverlässiges Mittel, die Regierung zu verbessern, als daß die Unterthanen aufhören, schlecht zu sein*“. Ich schließe mit dem Blick auf die kulturelle Arbeit der Polen in Bochum: Schon 1877 wurde von ihnen der „Polnische Leseverein“ gegründet, eine Art Leihbücherei – wahrscheinlich befinden wir uns hier schon im Wirkungskreis des Redemptoristenklosters.

Das Redemptoristenkloster war vom 19. bis in das 21. Jahrhundert der Bezugspunkt der Polen in Bochum und dann auch in Deutschland. Es wurde 1868 erbaut. Wir haben seine Funktion lange nicht erkannt – zu lange. So wurde es Ende Juli 2012 leider abgerissen.

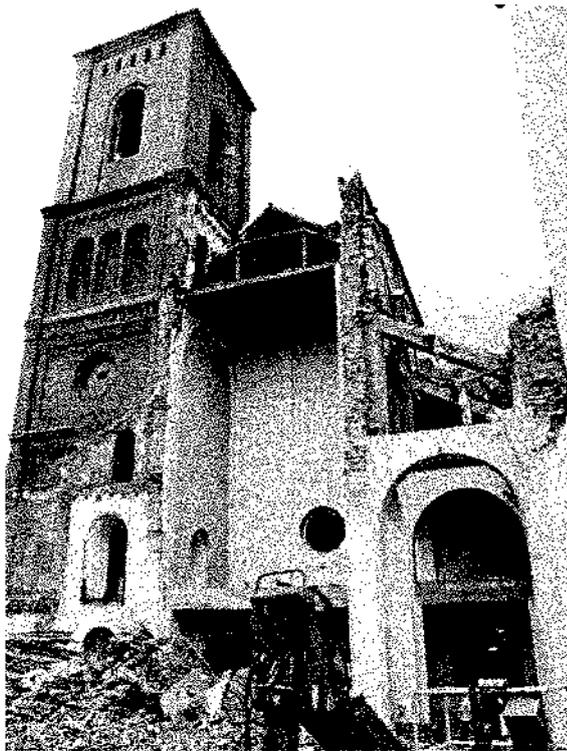


Abb. 7: Kein Ort der polnisch-deutschen Geschichte mehr: Abriss des Redemptoristenklosters 2012.

Dagegen stehen die für die Polen in Deutschland so wichtigen Häuser Am Kortländer 2 und 4 sogar unter Denkmalschutz. Sie sind Bestandteil einer der letzten halbwegs erhaltenen historischen Innenstadtstraßen. Nur aus diesem wahrhaft oberflächlichen Grund wurden die beiden Häuser in die Denkmalliste aufgenommen. Dass sich hier und in dem uns so wichtigen Haus Nr. 6 ein großes Stück deutsch-polnischer Geschichte abspielt hat, davon lesen wir kein Wort in der Begründung – man wusste es nicht.

Soweit der Blick auf die historischen Bezugspunkte. Kommen wir zu einigen Schlaglichtern auf die Gegenwart: Die polnische Gemeinde Bochum und die katholische polnische Mission haben neuerdings die sehr schöne Innenstadtkirche St. Josef zur Verfügung ge-

stellt bekommen. Die Ruhr-Universität Bochum und die Hochschule Bochum unterhalten Partnerschaften mit den Universitäten in Warschau, Krakau, Torun, Kattowitz und Breslau. Als ich 2002 mit meinem Seminar am Lehrstuhl Kunstgeschichte der Ruhr-Universität eine Exkursion durch Polen gemacht habe, staunte ich über die vielen Studierenden, die mit Freude die Gelegenheit wahrnahmen, ihre polnischen Wurzeln wiederzuentdecken.

Auffällig ist eines: Bochum hat die Partnerstädte Oviedo, Donezk, Sheffield und Nordhausen, aber keine polnische Partnerstadt? Das stimmt nicht ganz: Anlässlich des Bundestreffens der Ostpreußen in Bochum übernahm die Stadt Bochum am 8. Mai 1953 die Patenschaft über den Kreis Neidenburg, heute Nidzica. Das geschah unter Vorzeichen, die heute längst keinen Bestand mehr haben. Wäre es nicht schön, wenn in einem gemeinsamen Projekt aus dieser Patenschaft eine Partnerschaft Bochum-Nidzica sowie zwischen den Polen in Deutschland und den Verbänden der Heimatvertriebenen entstände? Die Martin-Opitz-Bibliothek in Herne ist meines Wissens ein schönes Beispiel dafür, dass das geht. Gegründet als Bibliothek der Heimatvertriebenen ist sie längst ein Ort für alle, die sich offen und fair mit den Beziehungen zwischen unseren Ländern befassen wollen.

Die Struktur der „Porta Polonica“ halte ich auch in den Aspekten der „Erinnerungen im Räumlichen“ für sehr richtig. Es gibt entlang der dort skizzierten Linien noch sehr viel zu erforschen und zu kartieren. Gerade die Idee eines „dezentrales Museums“ gibt dem Haus am Kortländer die Chance, mit seiner „Umgebung Bochum“ zu arbeiten und in Kontakt zu treten, nicht isoliert zu stehen. Umgekehrt kann Bochum sehr viel für seine eigene Identität aus dem Wirken der Dokumentationsstelle gewinnen. Aus dem geplanten virtuellen Raum können Besucherinnen und Besucher hier sehr schnell bodenständig arbeiten. Objekte, Archive und Museen gibt es genug. Es fehlt der Mittelpunkt, von dem aus man Ausschau halten kann. Das verspricht die Dokumentationsstelle zu werden.

In Bochum wünscht man sich, dass vom „Polnischen Haus“ die Orte des Lebens miteinander wieder entdeckt werden, die Orte der gelungenen Integration. Man würde sich über ein lebendiges Haus der Polen in Deutschland freuen. Das Haus wäre dann eine wertvolle Bereicherung des Bochumer Kulturlebens. Im Politischen, Organisatorischen und Freundschaftlichen hilft auch die Kortum-Gesellschaft gern, wo es erwünscht und möglich ist. Und sagt: Herzlich Willkommen und Glück auf – zurück in Bochum!

#### Abbildungsnachweis

Hans H. Hanke

Wulf Schade

## Anmerkungen zur „Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland“

Am 28. Juni 2013 hat in Bochum Porta Polonica die „Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland“ ihre Arbeit aufgenommen. In diesem Beitrag werden die politischen Hintergründe beschrieben, die zur Gründung dieser Dokumentationsstelle führten, um so ihre im Weiteren dargestellte inhaltliche wie organisatorische Rahmenkonzeption zu verstehen. In einem Fazit werden dann Vorschläge zur zukünftigen Arbeit dieser für unsere Bevölkerung so notwendigen Dokumentationsstelle gemacht.



Abb. 1: Internetauftritt von „Porta Polonica“, 5. Januar 2015

Der vorläufige Standort von Porta Polonica befindet sich in den Räumen des Industriemuseums Zeche Hannover in Bochum-Hordel. Ihren endgültigen Sitz soll sie in zwei bis drei Jahren im Gebäude des Bundes der Polen in Deutschland, dem Dom Polski (Polnisches Haus), Am Kortländer 6, erhalten. Träger ist der Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL), finanziert wird sie aus dem Etat des Kulturstaaatsministers des Bundes dauerhaft mit 300.000 Euro pro Jahr. Vertreter und Vertreterinnen polnischer Organisationen in Deutschland sowie entsprechende Fachleute aus den Gesellschaftswissenschaften aus Deutschland und Polen sollen in einem Kuratorium die Arbeit fachlich begleiten. „Ziel der Dokumentationsstelle ist es, die Orte der wechselvollen Geschichte und vielfältigen Kultur der Polen in Deutschland sichtbar zu machen, ein neues Bewusstsein für deren Bedeutung im europäischen Kontext zu schaffen und ein Forum für den Austausch über Erinnerung, Geschichte, Identität und Kultur herzustellen. Zentrales

Medium wird ein Internetportal, das die Informationen zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland bündeln und dabei die Möglichkeiten der digitalen sozialen Netzwerke nutzen wird.“<sup>1</sup> Mit dem digitalen Atlas der Erinnerungsorte und dem damit verknüpften Schaulfenster hat das Internet-Portal der Dokumentationsstelle Porta Polonica ([www.porta-polonica.de](http://www.porta-polonica.de)) seine Arbeit im Juni 2014 begonnen. Die Einrichtung der Dokumentationsstelle ist Teil eines Aktionsprogramms, das der deutsch-polnische Runde Tisch vorgesehen<sup>2</sup> und die Regierungen von Deutschland und Polen am 21. Juni 2011 zum 20-jährigen Bestehen des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages beschlossen hatten<sup>3</sup>.

### Der Weg zur Dokumentationsstelle

Das erste Mal wurde die Einrichtung der jetzigen „Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland“ während der Gespräche am deutsch-polnischen Runden Tisch 2010/11 im Zuge der Vorbereitung des 20-jährigen Jubiläums des Nachbarschaftsvertrages zwischen Polen und Deutschland angedacht. Diese Runde-Tisch-Gespräche<sup>4</sup>, an denen Vertreter polnischer Organisationen in Deutschland, deutscher Organisationen in Polen sowie Regierungsvertreter der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland teilnahmen, wurden mit Hilfe der polnischen Regierung möglich. Sie unterstützte auf diplomatischen Wegen die überregional organisierten polnischen Organisationen in Deutschland in ihrem jahrelang geäußerten Wunsch, mit der deutschen Regierung über den Umfang der Förderung der polnischsprachigen Bevölkerungsgruppe in Deutschland zu sprechen. Diese umfasst nach offiziellen Schätzungen ca. zwei Millionen

<sup>1</sup> Pressemitteilung des LWL vom 28.6.2013, <http://www.lwl.org/pressemitteilungen/mitteilung.php?urlID=30128#.UsmG66Eju1E>.

<sup>2</sup> Gemeinsame Erklärung des Runden Tisches vom 12.6.2011, <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2011/ohneMarginalspalte/06/rundtisch.html?nn=109862>.

<sup>3</sup> Programm der Zusammenarbeit anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vereinbart, 21.6.2011, <http://www.deutschland-polen.diplo.de/contentblob/3200322/Daten/1384736/110621Programm.pdf>.

<sup>4</sup> Zur Genese der Runden Tisch-Gespräche 2010/11 siehe ausführlich: Wulf Schade, Ungewollt und unerwünscht, Dokumentationsstelle zur polnischen Geschichte in Bochum, in: POLEN und wir, Nr. 4/2012, S. 20-22, hier S. 20.

Personen<sup>5</sup>. Die deutsche Minderheit in Polen, zu der sich 2011 bei der letzten Volkszählung in Polen 109.000 Personen bekannten<sup>6</sup> erhielt bisher und erhält weiterhin ungleich mehr Mittel für ihre Arbeit von der polnischen Regierung. Mit Bezug auf den Nachbarschaftsvertrag von 1991 wiesen deshalb die polnischen Organisationen auf die dort ausdrücklich festgeschriebene gleichwertige Unterstützungszusage hin.<sup>7</sup> Real aber erhielt und erhält auch heute noch die deutsche Minderheit an institutioneller Förderung durch den polnischen Staat ca. 20 Millionen Euro jährlich für ihre Arbeit in Schulen, den Unterhalt von Vereinshäusern, der Herausgabe einer Zeitung, für die Herstellung von Rundfunk- und Fernsehsendungen usw., während der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland von Seiten der Bundesregierung jährlich nur 300.000 Euro an Förderung für kulturelle Arbeit zur Verfügung gestellt wurde; zusammen mit der Förderung des Sprachunterrichts in einigen Bundesländern, nicht zuletzt in NRW, belief sich die jährliche Förderungssumme in Deutschland auf ca. 1,8 Millionen Euro.<sup>8</sup>

Die Gespräche am Runden Tisch führten dann im Frühjahr 2011 dazu, dass die Bundesregierung die Kritik an der zu geringen Förderung der polnischsprachigen Bevölkerungsgruppe akzeptierte. So kann die Dokumentationsstelle wie auch die in Folge dieser Gespräche zugesagte Einrichtung eines zentralen Polnischen Büros (<http://polonia-viva.eu/index.php/de/polonia-buero>) in Berlin für die polnischen Organisationen und Vereine sowie dem damit verbundenen Internetportal Polonia VIVA (<http://polonia-viva.eu>) als eine Maßnahme gewertet werden, die bisherige mangelhafte

<sup>5</sup> Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel, Grußwort der Ministerialdirektorin beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, in: Jacek Barski/Dietmar Osses, Polen in Deutschland: Geschichte und Kultur, Dokumentation des Workshops zur Einrichtung einer Dokumentationsstelle zur Geschichte und Kultur der Polen in Deutschland, 10.-11. Juni 2012, Essen 2013, S. 31.

<sup>6</sup> GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY (Zentrale Statistische Behörde), Przynależność narodowo-etniczna ludności – wyniki spisu ludności i mieszkań 2011 (National-ethnische Zugehörigkeit – Ergebnisse der Volkszählung und der Wohnmöglichkeiten 2011, Warszawa 2013, [http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/Przynaloznosc\\_narodowo-etniczna\\_w\\_2011\\_NSP.pdf](http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/Przynaloznosc_narodowo-etniczna_w_2011_NSP.pdf).

<sup>7</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17.6.1991, Artikel 20-21, Bonn o. J. [1991], s. a. Konrad Schuller, Es geht um das Praktische. Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag und seine Verwirklichung, FAZ vom 27.5.2011.

<sup>8</sup> Stanowisko Polonii Niemieckiej na obrady Okrągłego Stołu poświęcone podsumowaniu realizacji zapisów polsko-niemieckiego Traktatu o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z 1991 r. (Standpunkt der Deutschen Polonia bei den Beratungen am Runden Tisch über die Realisierung der Bestimmungen des deutsch-deutschen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991), Warszawa, 3 listopada (November) 2010 r., S. 7.

Förderung der polnischsprachigen Bevölkerung zu erhöhen. Offiziell vorgeschlagen wurden diese Einrichtungen dann in einer Bundestagsentschließung am 10. Juni 2011.<sup>9</sup>

### **Die Dokumentationsstelle in ihrer Bedeutung für die deutsche Gesellschaft**

Die Idee für eine im Bochumer Dom Polski angesiedelte Dokumentationsstelle zur Geschichte und Kultur der Polen gibt es konkret seit Anfang der 2000er Jahre. Bei seiner jahrelangen Quellenforschung über die Ruhrpolen und Ruhrpolinnen bzw. die hier lebenden polnischsprachigen Menschen stellte der Autor dieses Beitrages fest, dass es keine systematische Quellensammlung sowohl auf Dokumenten- wie auch auf Objektebene zur Geschichte dieser für die Entwicklung des Ruhrgebiets bedeutenden Bevölkerungsgruppe gibt. Zwar „nur“ auf Bochum und dann das Ruhrgebiet ausgerichtet, versuchte er zusammen mit dem Bochumer SPD-Ratsmitglied Hans Hanke und unter Einbezug des in Bochum, Am Kortländer 6, ansässigen Bundes der Polen in Deutschland in den Jahren 2001-2005 eine Dokumentationsstelle zu initiieren. Wie sehr das Fehlen solch einer Sammlung das Bewusstsein einer gesamten Region ausdrückt, wurde durch eine für Bochum durchgeführte Untersuchung deutlich, die in unserer Zeitschrift Bochumer Zeitpunkte veröffentlicht wurde.<sup>10</sup> Sie zeigte, dass in der örtlichen Geschichtsschreibung und im Bewusstsein der Bevölkerung die polnischsprachige Zuwanderung nahezu keinerlei Rolle spielt, wenn aber doch, ist sie verklärt, meist vor allem mit negativen Stereotypen gegenüber den polnischsprachigen Zuwanderern und Zuwanderinnen behaftet.

Ausgangspunkt für die Konzeption der vorgeschlagenen Dokumentationsstelle waren dabei die Erfahrungen, die der Autor in den Jahren seit 1995 während seiner Arbeit beim Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei (DOMiT – [www.domit.de](http://www.domit.de)) gemacht hatte. Der 1990 gegründete gemeinnützige Verein DOMiT/DOMiD<sup>11</sup> sammelte zuerst alles, was die ab Ende der 1950er Jahre nach Deutschland statt-

<sup>9</sup> Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, Deutschland und Polen – Verantwortung aus der Geschichte, Zukunft in Europa, Deutscher Bundestag, Drucksache 17/6145, 10.6.2011, S. 2; s. a. Rüschoff-Thale, Sachstandsbericht „Porta Polonica“ – Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland vom 12.12.2014, LWL Kulturabteilung, Drucksache 14/0200.

<sup>10</sup> Wulf Schade, Verkrüppelte Identität, in: Bochumer Zeitpunkte, Beiträge zur Stadtgeschichte und Denkmalpflege, Nr. 23 (2009), S. 25-51.

<sup>11</sup> 2007 fusionierte DOMiT mit dem Verein „Migrationsmuseum in Deutschland e. V.“ zum Dokumentationszentrum und Museum über



Virtuelles  
 Museum  
 in einer Blog-Plattform DOMiD.  
 Über das Konzept und ein  
 Treffen der ersten Einblicke!  
 Zu zwei Techniken geht es  
 hier

## Über DOMiD

DOMiD: das Dokumentationszentrum und Archiv für die  
 Migration in Deutschland e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit  
 Sitz in Köln. Wir sind ein wissenschaftliches Kompetenzzentrum für  
 das Zeugnisse zur Geschichte der Einwanderung in  
 Deutschland sammeln, bewahren und ausstellen.

Der Verein ist politisch unabhängig und weltanschaulich neutral.  
 Hier erfahren Sie mehr über uns.

Archiv  
 Vereinsgeschichte  
 Team  
 Mitgliedschaft

Abb. 2: Internetauftritt von DOMiD, 5. Januar 2015

findende Migration aus der Türkei, dann auch aus den  
 anderen Anwerbeländern, dokumentiert. Die Initiatoren,  
 aus der Türkei stammenden Migrantinnen und Migran-  
 ten, verhinderten so, dass mit einem Verlust der realen  
 materiellen Zeugnisse der Migration ein bedeutender  
 Teil ihrer Geschichte und damit auch die der gesamten  
 deutschen Gesellschaft, als deren Teil sie sich verstan-  
 den, verloren ging. Zu diesen Zeugnissen zählten und  
 zählen sie weiterhin von Personen, Vereinen aber auch  
 Institutionen stammende real vorliegende Dokumente,  
 Fotos, Filme, Tondokumente, Zeitungen, graue Litera-  
 tur, dreidimensionale Gegenstände usw., wobei die des  
 Alltagslebens besonders akribisch gesucht wurden und  
 werden. Durch die Sicherung dieser Objekte in sachge-  
 rechten Archivräumen ist eine Überprüfbarkeit ihrer  
 später ins Internet gestellten Digitalisate oder auch foto-  
 grafischer Ablichtungen gewährleistet. Flankiert wird  
 diese Sammlung durch eine umfangreiche, ständig ak-  
 tualisierte Fachbibliothek vor Ort.

Ohne die Bewahrung und zur Verfügungsstellung der  
 durch DOMiD gesammelten Zeugnisse ginge For-  
 schung und Lehre zur – nicht ethnisch verstandenen –  
 deutschen Sozialgeschichte eine bedeutende Möglich-  
 keit verloren. Es ist ein Unterschied, ob man beispiels-

die Migration in Deutschland“ (DOMiD), s. a. <http://www.domit.de/de/vereinsgeschichte>.

weise einen Gegenstand real in der Hand oder eine Zei-  
 tung und ein Foto in der Originalgröße vor sich liegen  
 hat oder ob man diese nur als virtuelle Bilder auf einem  
 Bildschirm vor sich sieht. Gleichzeitig bildet diese  
 Sammlung hervorragende Möglichkeiten, Ausstellungs-  
 arbeit zu leisten. Diese Sammlung ist für die Öffent-  
 lichkeit zugänglich, beispielsweise für Schulklassen, mit  
 der man die Geschichte der Arbeitsmigration in  
 Deutschland (einschließlich der der DDR) nach 1945 in  
 ihren Räumlichkeiten gut erforschen und in Ausstellun-  
 gen, Bildungsprojekten usw. hervorragend präsentieren  
 kann. Diese mittlerweile auf über 70.000 Elemente<sup>12</sup>  
 angewachsene Sammlung wird zunehmend digitalisiert,  
 damit sie für den täglichen Gebrauch leichter nutzbar  
 wird, aber die Originale stehen dem bzw. der konkret  
 Forschenden in den Räumlichkeiten von DOMiD in  
 Köln-Ehrenfeld real zur Verfügung.

Die sich in Bochum nun im Aufbau befindende Do-  
 kumentationsstelle zur Geschichte und Kultur der Polen  
 erfüllt all diese Punkte nicht oder nur unzureichend.  
 Orientiert an dem Konzept der Erinnerungsorte<sup>13</sup> soll  
 fast ausschließlich virtuell dokumentiert und vernetzt  
 werden. Beschlossen ist, dass die Dokumentationsstelle  
 keine umfangreichen Räumlichkeiten für eine archivge-  
 rechte Bewahrung von Dokumenten, Fotos, dreidimen-  
 sionalen Objekten usw. erhalten wird: „*Realia wie Ar-  
 chivalien, reale Dokumente und vor allem Exponate  
 können aus konservatorischen und wissenschaftlichen  
 Gründen nur in begrenztem Umfang von der Dokumen-  
 tationsstelle gesammelt und bewahrt werden*“<sup>14</sup>, so der  
 Leiter der Dokumentationsstelle und Autor der Mach-  
 barkeitsstudie Dr. Jacek Barski. Ebenso wenig wie die  
 Einrichtung von sachgerechten Archivräumen ist der  
 Aufbau einer umfangreichen Bibliothek zur Geschichte  
 und Kultur der Polen in Deutschland in der Dokumenta-  
 tionsstelle in Bochum vorgesehen. Wenn überhaupt soll  
 solch eine Bibliothek beim LWL in Dortmund angesie-  
 delt werden, so jedenfalls äußerte sich Jacek Barski dem  
 Autor gegenüber in einem Gespräch am 29. August  
 2013 in den Räumen von Porta Polonica. Damit ist aber  
 klar, dass eine für die multiethnische Geschichte der  
 bundesdeutschen Gesellschaft so notwendige zentrale  
 Institution, an dem ein bedeutender Teil ihrer Geschich-  
 te real gesammelt und gesichert wird, weiterhin nicht  
 aufgebaut wird und weiterhin ein Ort fehlt, an dem dann  
 ganz im Sinne von Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz,  
 Mitglied des Kuratoriums der Porta Polonica, umfang-  
 reich an der Geschichte des ersten Grades, die seiner

<sup>12</sup> [www.domit.de/de/über-die-sammlung](http://www.domit.de/de/über-die-sammlung).

<sup>13</sup> Jacek Barski, Machbarkeitsstudie, Dortmund 2012, in: Jacek Barski/Dietmar Osses, Polen in Deutschland (wie Anm. 5), S. 117; Zum Konzept der Erinnerungsorte siehe: <http://www.uni-oldenburg.de/geschichte/studium-und-lehre/lehre/projektlehre/regionale-erinnerungsorte/was-ist-ein-erinnerungsort/>.

<sup>14</sup> Ebd., S. 164.

Meinung nach Voraussetzung für die Geschichte des zweiten Grades<sup>15</sup> ist, wozu er auch die Erinnerungsorte zählt, geforscht werden kann.

Sicherlich wäre eine ähnlich der von DOMiD aufgebauten ausreichend ausgestattete Dokumentationsstelle, die mehr als der geplanten drei Stellen für Leitung, wissenschaftliche Mitarbeit und Sachbearbeitung<sup>16</sup> bedürfte, teurer, als die jetzige. Wenn aber die Bundesregierung und die bundespolitischen Institutionen schon nicht bereit sind, Geld aus den laufenden Steuereinnahmen in ausreichendem Maße bereitzustellen, könnten sie auf „fremde“ Mittel zurückgreifen. Ausreichend finanzierbar wäre eine umfassende Dokumentationsstelle, wenn man für ihre Arbeit die Werte zur Verfügung stellen würde, die aus dem 1939/40 von den Nationalsozialisten enteigneten Besitz polnischer Organisationen in Deutschland stammten und der Bundesrepublik als Nachfolgerin des Deutschen Reiches nach 1945 zugeflossen sind. Ebenso könnte man auch die Gelder hinzuziehen, die durch die Verweigerung von Entschädigungen der im Dritten Reich verfolgten polnischen Menschen deutscher Staatsangehörigkeit „eingespart“ wurden. Diese nach heutigem Maßstab mehrere Millionen Euro umfassenden Werte wurden nur zu einem geringen Teil an die polnischen Organisationen zurückgegeben, die polnischen KZ-Insassen dieser Organisationen wurden nach dem Krieg von der Wiedergutmachung nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) von 1956 ausgeschlossen.<sup>17</sup>

### Politische Absichten ...

Statt aber eine ausreichend finanzierte mit umfangreichen Möglichkeiten versehene Dokumentationsstelle einzurichten, wird Porta Polonica auch noch als preiswerte Möglichkeit genutzt, einen nach eigenem Eingeständnis bis zur Bundestagsdebatte am 10. Juni 2011, also 66 Jahre nach Beendigung der nationalsozialistischen Herrschaft, von der Bundespolitik Deutschland gelegneten Teil der deutschen Geschichte zu entsorgen. So heißt es zur Dokumentationsstelle in der Bundestagsentschließung vom 10. Juni 2011: „*Viele Menschen mit polnischen Wurzeln wurden im Laufe der Geschichte zu Deutschen und haben aktiven Anteil an*

<sup>15</sup> Dietmar Osses, Polen in Deutschland: Geschichte und Kultur, Zusammenfassung der Ergebnisse, in: Jacek Barski/Dietmar Osses, Polen in Deutschland (wie Anm. 5), S. 13-24, hier S. 16.

<sup>16</sup> Ebd. S. 190.

<sup>17</sup> Kurt Schnöring, Die Polen in Deutschland, in: Deutsch-polnische Hefte, 3. Jg., Februar 1960, Heft 2, Hamburg 1960, S. 70-74, hier S. 72; Wulf Schade, Undeutsche Landesverräter, Verfolgung, Einkerkelung und Ermordung von AktivistInnen der polnischen Minderheit 1933-1945, in: POLEN und wir, 3/2010, S. 11-12.

*der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes. Noch heute zeugen viele Familiennamen davon. In der Zeit des Nationalsozialismus aber wurden Angehörige der damaligen polnischen Minderheit in Konzentrationslagern umgebracht, ihre Organisationen verboten und enteignet. Der Bundestag will diese Opfer ehren und rehabilitieren. Wir sprechen uns deshalb für die Einrichtung einer Dokumentationsstelle zur Geschichte und Kultur der Polen in Deutschland aus.*“<sup>18</sup> [Hervorhebung vom Verfasser.]

Damit ist die schlussendliche Rehabilitation der 1939 bis 1945 ins KZ verbrachten Mitglieder des Bundes der Polen erfolgt und es können zukünftig jegliche Diskussionen um Entschädigung bzw. Rückgabe der beschlagnahmten Liegenschaften und materiellen Güter polnischer Organisationen mit der Bundesregierung unterbunden werden. Die Bundesregierung widersprach jedenfalls in Ihrer Antwort im August 2013 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der LINKEN im Bundestag zu der angeführten Passage dieser Interpretation ausdrücklich nicht.<sup>19</sup>

Aber auch außerhalb des Bundestages nutzen Vertreterinnen und Vertreter der Bundespolitik die Dokumentationsstelle für ihre politischen Zwecke und versuchen, ihr ideologisch bestimmte inhaltliche Grenzen zu setzen. Auf der Tagung zur Machbarkeitsstudie der Dokumentationsstelle am 10./11. Juli 2012 sprach in seiner Begrüßungsrede einer der höchsten Repräsentanten dieses Staates, Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert (CDU), mit Bezug auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ausdrücklich von der durchaus als Vorbild zu betrachtenden „*rasch gelungenen Integration*“ der polnischen Zuwanderer.<sup>20</sup> Was sollte mit der öffentlichen Äußerung dieser These, die von keiner wissenschaftlichen Ausarbeitung der letzten 50 Jahre vertreten wird<sup>21</sup>, im Hinblick auf die zukünftige Dokumentationsstelle erreicht werden?

Die polnischsprachigen, aber auch andere heutige Migrationsgruppen, die Flüchtlinge und Asylsuchenden, sollten angesichts dieser These hellhörig werden. Sie zeugt entweder durch ihre Ignoranz gegenüber den historischen Erfahrungen einer Migrationsgruppe von einer

<sup>18</sup> Antrag der Fraktionen (wie Anm. 9).

<sup>19</sup> Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die LINKE, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/665, Punkt 2, S. 3-4.

<sup>20</sup> Prof. Dr. Norbert Lammert, Grußwort des Präsidenten des Deutschen Bundestages, in: Jacek Barski/Dietmar Osses, Polen in Deutschland (wie Anm. 5), S. 26.

<sup>21</sup> Literaturliste für die erste Phase umfassender Ruhrpolenforschung in: Wulf Schade, Kuźnia Bochumska – die Bochumer Kaderschmiede, in: Bochumer Zeitpunkte, Beiträge für Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege, Nr. 17 (2005), S. 3-21, hier S. 3; Sylwia Haida, Die Ruhrpolen – Nationale und konfessionelle Identität 1871-1918, Bonn 2012; Oliver Loew, Wir Unsichtbaren. Geschichte der Polen in Deutschland, München 2014.

geradezu unaussprechlichen Gleichgültigkeit oder aber von einer politischen, ethnisch motivierten Haltung, die zur Vorsicht mahnt. Denn die „gelungene Integration“ der polnischsprachigen Menschen sah so aus, dass das Deutsche Kaiserreich sie größtenteils ethnisch unterdrückte, in dem ihnen weitgehend der Gebrauch der eigenen Sprache in Schule, Kirche und öffentlichen Versammlungen verboten, ihre Vereinsversammlungen unter Polizeiaufsicht gestellt und gleichzeitig die Rückkehr in ihre angestammte Heimat durch Bodenankaufgesetze, die ethnisch deutsche Bürger deutlich bevorzugte, verhindert wurde.

Die Achtung der preußischen Behörden gegenüber den polnischsprachigen Menschen war geprägt von Ansichten wie der folgenden: *„Euer Hochwohlgeborenen erlaube ich mir zur Verfügung vom 13. November cr. T. No. 13096 die Umstehenden Ausführungen zu unterbreiten und bin sehr dankbar für die Gelegenheit an der Bekämpfung des Polenthums mitarbeiten zu können.“*<sup>22</sup>. Als dann der Erste Weltkrieg ausbrach, stellte man die ethnische Unterdrückung weitgehend ein<sup>23</sup>, denn es gab ja nur noch Deutsche, wie der Kaiser bemerkte. Im Ergebnis dieser so organisierten „rasch gelungenen Integration“ zogen etwa zwei Drittel der polnischen Familien nach Ende des Krieges in den Jahren 1918-1925 aus Deutschland fort, entweder in den wieder erstandenen polnischen Staat oder in die Kohlereviere Nordfrankreichs und Südbelgiens. Wenn so eine als Vorbild gepriesene Integration aussieht, haben unsere heute in Deutschland lebenden Migranten und Migrantinnen noch einiges zu erwarten. Wer nun meint, diese Interpretation sei übertrieben, denke nur an den Leitungsentscheidungsentwurf zum CSU-Parteitag, der Schwesterpartei der CDU, vom Dezember 2014, in dem es zum Thema Integration hieß: *„Wer dauerhaft hier leben will, soll dazu angehalten werden, im öffentlichen Raum und in der Familie deutsch zu sprechen“*<sup>24</sup>.

Inwieweit Rahmenseetzungen wie die von Bundestagspräsident Lammert ihre Auswirkung auf die Arbeit der Dokumentationsstelle haben und haben werden, ist noch nicht endgültig zu beurteilen. Jedenfalls aber vertritt Jacek Barski im Interview mit der Antenne Witten vom 13. September 2013 ebenfalls die These von der gelungenen Integration und weitet sie auch auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Auf die Frage von Antenne Witten (Minute 8), ob die Tatsache, dass die Polen außer am Namen fast gar nicht in unserer bundesdeutschen Gesellschaft bemerkbar sind, an deren gelungener Integration liegt, antwortet er betont: „Ge-

*nau so ist es!*“ Dass bei vielen polnischsprachigen Menschen ängstliche Zurückhaltung der Grund war und ist, hält er offensichtlich für ausgeschlossen. Er berücksichtigt beispielsweise überhaupt nicht die Diskriminierung der polnischsprachigen Männer und Frauen durch die jahrzehntelange Weigerung der westdeutschen Behörden, Vornamen und Geburtsorte in amtliche Dokumente in polnischer Sprache einzutragen oder die bereits angeführte Behinderung der Reorganisation polnischer Organisationen nach 1945.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Restitutionsansprüche des Bundes der Polen für die 1939/1940 enteigneten Immobilien in den verschiedenen Städten des Deutschen Reiches gerichtlich so in die Länge gezogen, dass sich 1967 letztlich der Bund der Polen in einem – wie Prof. Dr. Kleßmann<sup>25</sup> noch am 12. September 2012 auf der Abschlussveranstaltung des Polenjahres von NRW in Dortmund feststellte – „schändlichen Vergleich“ mit der Übergabe seines ehemaligen Hauses in Bochum und einer einmaligen Zahlung von etwa 500.000 DM abfinden musste.<sup>26</sup> Die anderen Vereine – Schulvereine, Turnvereine, Chöre usw. – bekamen unter verschiedenen Vorwänden überhaupt keine Entschädigung. Solche Maßnahmen hatten natürlich tiefgehende Auswirkungen auf das Selbstbewusstsein der einzelnen Menschen. Dass sich die Akzeptanz der polnischsprachigen Menschen durch die Behörden wie auch die deutliche Mehrheit der angestammten deutschen Bevölkerung im täglichen Umgang seit den 1980er Jahren deutlich verbessert hatte, ist Tatsache, genau so wie es Tatsache ist, dass die antipolnischen Ressentiments um das Jahr 2004, als der polnische Staat Mitglied der Europäischen Union wurde, wieder von Politik und Medien aus der gesellschaftlichen Mitte aufgegriffen wurden.<sup>27</sup> Der polnische Arbeiter, der auf gepackten Koffern sitzt, um in unserem Land zu niedrigen Löhnen zu arbeiten und unser Sozialsystem auszunutzen, war plötzlich wieder in den Mittelpunkt gerückt.

### **... und ideologische Verengungen**

---

Hintergrund der Äußerungen des Leiters der Dokumentationsstelle bei Antenne Witten ist möglicherweise,

---

<sup>25</sup> Prof. Dr. Kleßmann hat als erster deutscher Wissenschaftler die polnische Arbeitsmigration ins heutige Ruhrgebiet grundlegend erforscht. *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*, Göttingen 1978.

<sup>26</sup> Schade, Ungewollt und unerwünscht (wie Anm. 4), S. 21.

<sup>27</sup> Jarochna Dąbrowska-Burkhardt, *Der Pole – Feind, Bruder, Held oder Konkurrent? Eine diachrone Analyse des deutschen Polenbilds in den Jahren 1980-2005*, in: Edyta Grotek/Anna Just, *Im deutsch-polnischen Spiegel, Sprachliche Nachbarschaftsbilder*, Frankfurt am Main 2011, S. 97-109, hier S. 105-109.

---

<sup>22</sup> Der Königliche Polizei-Bezirks-Commissar, Bochum, den 6. Dezember 1899, Stadtarchiv Bochum, LA 1310, Blatt 46.

<sup>23</sup> Siehe auch die laufende Ausstellung „Das Eigene und das Fremde“ des Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte.

<sup>24</sup> WAZ vom 6.12.2014; Süddeutsche Zeitung vom 6./7.12.2014.

dass er sich keine ethnisch bestimmte antipolnische Politik unseres bürgerlich-demokratisch verfassten Staates vorstellen kann. Eine Dokumentationsstelle darf ihre Arbeit aber nicht von individuellen Vorstellungen leiten lassen, sondern muss „zunächst die historischen Quellen und Fakten [...] erforschen und ihre Zusammenhänge [...] erkennen (Geschichte des ersten Grades)“, entsprechend dem Beitrag von Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz auf der o. g. Tagung zur Machbarkeitsstudie.<sup>28</sup>

Die in den Äußerungen zur gelungenen Integration deutlich sichtbaren ideologisch bestimmten Rahmensetzungen spiegelten sich auch in der „vorläufigen Vorschlagsliste für Erinnerungsorte“ in der Machbarkeitsstudie<sup>29</sup> wieder. Es fehlen hier beispielsweise die deutsch-polnisch-jüdische Kommunistin Rosa Luxemburg, genau so wie die Kräfte aus dem radikal-demokratischen Spektrum oder die Kommunistische Partei Oberschlesiens, die sich mit ihrer deutsch-polnisch-schlesischen Mitgliedschaft der nationalistischen Hysterie beider Staaten bei den Abstimmungen in Schlesien nach dem Ersten Weltkrieg entgegenstellte.<sup>30</sup> In der „vorläufigen Liste“ werden zwar kritische Erinnerungsorte aus der nationalsozialistischen Zeit genannt, aber vor und nach dieser Zeit gibt es solche anscheinend im Deutschen Reich der Weimarer Republik bzw. in der Bundesrepublik Deutschland nicht. So könnte man beispielsweise das Regierungsviertel in Bonn anführen, wo bezüglich der Entschädigung die gesetzlichen antipolnischen Regelungen getroffen wurden, oder auch die in den 1950er und 1960er Jahren verabschiedeten kritischen Memoranden des Bundes der Polen zur Lage der Polen in Deutschland. Dass Polen und Polinnen auch in der DDR lebten, damit dort vielfache Begegnungen und Zusammenarbeit stattfanden, dass dort bedeutende Übersetzungsarbeit von zeitgenössischer polnischer Literatur in die deutsche Sprache geleistet wurde, Romane von DDR Autoren die deutsch-polnische Geschichte widerspiegelten – man denke nur an den 1965 erschienenen Roman „Die Aula“ von Hermann Kant, wird wahrscheinlich unter der Rubrik ‚verordnete Freundschaft‘ abgetan. Eine Hoffnung, dass diese ideologischen Verengungen mindestens teilweise überwunden werden können, besteht da-

<sup>28</sup> Dietmar Osses, Polen in Deutschland: Geschichte und Kultur, Zusammenfassung der Ergebnisse, in: Jacek Barski/Dietmar Osses, Polen in Deutschland (wie Anm. 5), S. 16.

<sup>29</sup> Jacek Barski, Machbarkeitsstudie, Dortmund 2012, in: Jacek Barski/Dietmar Osses, Polen in Deutschland (wie Anm. 5), Anhang A1-A4, S. 209-211.

<sup>30</sup> Rudolf Buchała, „Trylogia“ o górnśląskim proletariacie („Triologie“ zum oberschlesischen Proletariat), in: Kwartalnik Opolski, Rok V, 2 (8), 1959, S. 155-160, hier 157-159.

rin, dass einer der ersten Erinnerungsorte auf Porta Polonica Rosa Luxemburg gewidmet wurde.<sup>31</sup>

Eine „merkwürdige“ Gleichgültigkeit ist darüber hinaus bei der Namensgebung der Dokumentationsstelle zu bemerken. Mit dem Namen Porta Polonica, noch deutlicher aber mit der Bezeichnung „Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland“ müssen sich andere polnischsprachige Zuwanderungsgruppen wie beispielsweise die masurischen oder die sich als Schlesier betrachtenden Personengruppen ausgeschlossen fühlen. [Hervorhebung vom Verfasser.] Warum tut man das? Auf den zumindest gefühlten Ausschluss dieser Gruppen durch solch eine Namensgebung wurde bereits auf der Tagung zur Machbarkeitsstudie hingewiesen. Es schien so, als das man diesen Einwand ernst nahm. Aber offensichtlich spielten andere, möglicherweise ethnisch motivierte Überlegungen eine Rolle. Stammen diese von den in Deutschland bestehenden meist national-konservativ orientierten, überregional agierenden polnischen Organisationen? Oder liegt hier ein analoges Denken zwischen diesen Organisationen und der deutschen Politik vor, wonach es in jedem Staat oder jeder größeren Gruppe immer eine Leitkultur geben muss?

## Fazit

---

Der im Juni 2013 gegründeten „Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland“ merkt man ihre Herkunft als Ergebnis zwischenstaatlicher Politik an. Wie oben ausgeführt, ist die Dokumentationsstelle nicht auf Wunsch der bundesdeutschen Zivilgesellschaft entstanden, ihre eigene multiethnische Geschichte zu bewahren und zu erforschen, sondern in bilateralen zwischenstaatlichen Verhandlungen als Zugeständnis der Bundesregierung an die polnischen Organisationen in Deutschland. Die Geschichte der polnischen bzw. polnischsprachigen Migration in Deutschland darf aber keine Angelegenheit bilateraler Verhandlungen sein, es sei denn, man betrachtet die hier ansäs-

<sup>31</sup> <http://www.porta-polonica.de/de/node/185#body-place>. Aber auch hier werden ideologisch bedingte Unschärfen deutlich. So wird in dem Eintrag schwammig festgestellt, dass Rosa Luxemburg „sich kritisch mit den Ideen des ‚Kommunistischen Manifests‘ von Karl Marx und Friedrich Engels“ auseinandersetzte. Es wird aber dabei nicht genannt, was Rosa Luxemburg wirklich kritisierte. Sie kritisierte nämlich nicht das Kommunistische Manifest, das wollte sie gerade in seiner ursprünglichen radikalen Form verwirklichen, sondern in erster Linie Engels, den sie für den ihrer Meinung nach parlamentarischen Irrweg der damaligen SPD von Kautsky und anderen mitverantwortlich machte. Eine maßgebliche Quelle für Luxemburgs Kritik, nämlich die Rede „Unser Programm und unsere politische Situation“ auf dem Gründungsparteitag der KPD am Jahreswechsel 1918/1919, wird in der Literaturangabe zum Erinnerungsort Rosa Luxemburg auf „Porta Polonica“ nicht genannt.

sigen polnischsprachigen Menschen und ihre Kultur und Geschichte als nicht zugehörig zur früheren reichsdeutschen bzw. heutigen bundesdeutschen Gesellschaft.

Angesiedelt aus historischen Gründen im Bochumer Dom Polski soll eine weitgehend virtuelle Dokumentationsstelle aufgebaut und betrieben werden. Der Aufbau einer umfangreichen Sammlung zum Thema einschließlich der dazugehörigen fachgerechten Archivmöglichkeiten wie auch der einer umfassenden Fachbibliothek sind nicht vorgesehen. Eine grundlegende Forschung vor Ort ist damit nicht möglich. Der Gefahr, als Objekt der zwischenstaatlichen deutsch-polnischen Aussöhnungspolitik instrumentalisiert und an den Rand der Bedeutungslosigkeit gedrängt zu werden oder Spielball ethnisch motivierter Politiken zu werden, kann die Dokumentationsstelle erfolgreich begegnen, wenn es ihr gelingt, sich aus der politischen Bevormundung zu lösen und sie sich ähnlich wie DOMiD als Teil der – nicht im ethnischen sondern im republikanischen Sinne – deutschen Wissenschaftslandschaft positioniert.

*„Unser Ziel ist die Erweiterung der Geschichte Deutschlands, denn Migration ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Geschichte. [...] Deutsche Geschichte muss um die Migrationsgeschichte ergänzt und erweitert werden, so dass eine vollständige Geschichte Deutschlands geschrieben werden kann. [...] Betrachtet man die Migration bundesweit und auf dem Kontinent Europa, kann es nicht sein, dass man die Geschichte und die Kulturpolitik noch in Kategorien der Mononation oder Monokultur schreibt.“* (Aytac Eryilmaz)<sup>32</sup> In diesem Sinne sollten folgende programmatische Klarstellungen von Seiten der „Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland“ festgeschrieben werden:

1. Die Dokumentationsstelle dokumentiert die polnischsprachige (dazu gehört auch die masurische, kaschubische und schlesische) Migration als Teil der Geschichte Deutschlands. Sie versteht sich als Teil der – nicht im ethnischen, sondern im republikanischen Sinne – deutschen Gesellschaft und ihrer Wissenschaftslandschaft.
2. Die Dokumentationsstelle ist Teil der allgemeinen Migrationsdiskussion und -forschung innerhalb und außerhalb Deutschlands.
3. Die Dokumentationsstelle begreift sich als offenes Wissenschaftszentrum, d. h. sie lehnt die Konzentrierung auf nur einige Aspekte der polnischsprachigen Migration ebenso wie ideologische Vorgaben ab.

Für die weitere Zukunft sollte das Ziel sein, die Dokumentationsstelle um eine umfangreiche ortspräsen- te Fachbibliothek und Archivräume für den Aufbau einer

umfangreichen Sammlung zur Geschichte der polnischsprachigen Migration in und nach Deutschland sowie Forschungsräume vor Ort zu erweitern.

---

<sup>32</sup> Aytac Eryilmaz, Thesen zur Perspektive eines Migrationsmuseums, in: Stand der Dinge, Sammlung und Darstellung der Migrationsgeschichte, Symposium am 25. April 2012, Köln 2012, S. 33-35, hier S. 33-34.

## Auf dem Flohmarkt entdeckt – drei Zeugnisse polnischen Lebens in Bochum und Herne

Die drei recht unterschiedlichen Objekte – eine handgemalte Siegerurkunde, eine Jubiläums-Vase aus Porzellan und ein Stammtisch-Wimpel aus samtartigem Stoff – entstammen vermutlich der Hinterlassenschaft einer Person, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Jugendlicher/Jugendliche dem „Bund der Polen in Deutschland“ angehörte. Dieser Verein wurde 1922 als Interessensvertretung all jener Polen gegründet, die sich nach dem Ersten Weltkrieg entschieden, deutsche Staatsbürger zu bleiben und nicht in das neu entstandene Polen zu übersiedeln.

Nach der Zeit unter nationalsozialistischer Herrschaft, die den „Bund der Polen in Deutschland“ zunächst duldete, im Februar 1940 aber verbot und dessen Aktivisten teilweise verfolgte, haben sich die in der späteren Bundesrepublik Deutschland verbliebenen Polen neu organisiert und den „Bund der Polen in Deutschland“ reaktiviert. Der Verein wurde als Fortsetzung der 1922 gegründeten Organisation anerkannt und beim Amtsgericht Bochum erneut registriert.

Allerdings erfolgte im Jahr 1950 eine Aufspaltung der so genannten Polonia (Gesamtheit der Polen außerhalb Polens) in zwei deutlich konkurrierende Organisationen: Einerseits gab es nach wie vor den „Bund der Polen in Deutschland“, mit polnischer Bezeichnung „Rodło“, der die kommunistische Regierung der Volksrepublik Polen nicht anerkannte und bis 1989 in erster Linie Kontakte zur polnischen Exilregierung in London unterhielt – andererseits spaltete sich ab und gründete sich neu der „Bund der Polen ‚Einheit‘ in der Deutschen Bundesrepublik“, mit polnischer Bezeichnung „Zgoda“, der mit der kommunistischen Regierung in Warschau enge Kontakte unterhielt.

Die drei Objekte stammen offensichtlich von einem späteren Mitglied des letzteren Vereins „Zgoda“.

Die durch den Grafik-Künstler Hadyniak aus Herne handgemalte Siegerurkunde („DYPLOM“) vom 29. Februar 1948 entstand noch vor der Vereinsspaltung, denn sie zeigt in zentraler Position das „Rodło“, eine symbolische Darstellung des Weichselverlaufs – weiß im roten Feld – als Zeichen für die polnische Bevölkerung und die Lage der Stadt Krakau als Zeichen für die polnische Kultur. Links und rechts davon befinden sich in Form je eines gespaltenen Wappens das Rodło in weiß-grün und ein Lindenblatt in grün-weiß als Zeichen der polnischen Jugend in Deutschland. Die Abmessun-

gen der Urkunde betragen 29,5 cm (H) und 20,5 cm (B).

Zwischen dieser Wappenzeile und dem eigentlichen Urkundentext ist ein Tischtennis-Schläger „in Aktion“ zu sehen, ein optischer Hinweis auf die Sportart des Wettbewerbs.



Abb. 1: Handgemalte Siegerurkunde im Tischtennis-Wettbewerb am 29. Februar 1948.

Der Urkundentext lautet übersetzt: „III. Platz / im gemischten Doppel / im Tischtennis / für / Kolonczykowna-Karminski / Herne / bei den ersten Meisterschaften / des Bundes der Polen in Deutschland / Sitz Bochum / Am 29. Februar 1948 / Vorstand. Unterscriben wurde die Siegerurkunde des „Bundes der Polen in Deutschland“ vom Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem Sekretär und dem Hauptwettkampfrichter.

Das zweite Objekt, eine Porzellanvase, hauptsächlich in den polnischen Nationalfarben rot-weiß (hier eher rot-elfenbeinfarbig), hat die Abmessungen ca. 21 cm (H), ca. 18 cm (B) und ca. 5,5 bis 10,5 cm (T).

Der Anlass „100 Jahre [Auslands-]Polen in Deutschland“ prangt in goldenen Großbuchstaben im oberen hellen Feld über dem Wappen der kommunistischen Volksrepublik Polen (1952-1989), einem silber-weißen, (heraldisch) nach rechts blickenden, unbekrönten Adler.



Abb. 2: Jubiläums-Vase „100 Jahre Polen in Deutschland“, Bochum, 15. November 1970.



Abb. 3: Jubiläums-Vase, 1970, Rückseite

Das polnische Staatswappen ragt etwa zu gleichen Teilen in den oberen hellen und in den unteren roten Bereich, wo im roten Feld in Schreibschrift folgender Text zu lesen ist: „Bund der Polen / ‚Zgoda‘ / Bochum, 15. XI. 1970“. Ein sich an das Datum anschließendes Zeichen konnte nicht gedeutet werden.

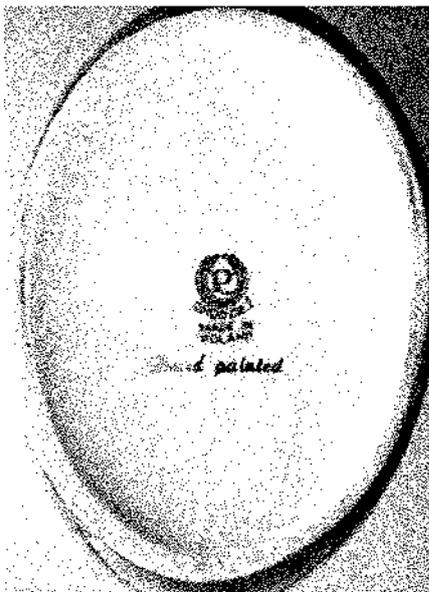


Abb. 4: Jubiläums-Vase, 1970, Bodenansicht.

Die Vasenöffnung ist durch eine rote und eine goldene umlaufende Linie optisch hervorgehoben. Die Rückseite der Vase ziert im oberen hellen Bereich eine stilisierte liegende rote Rose. Der Vasenboden zeigt in grünlicher Farbe das Markenzeichen: ein „P“ im Lorbeerkrantz, darunter „CHODZIEZ“ (Name einer Kleinstadt ca. 70 km nördlich von Posen/Poznan) und

„MADE IN / POLAND“ sowie die eingeprägte farblose und überglasierte Fabrikationsnummer 1814. In goldfarbenen Buchstaben ist noch in Schreibschrift der Hinweis „Hand painted“ zu lesen.

Das dritte Objekt ist ein repräsentativer Tischwimpel in den Abmessungen 21,8 cm (H) und 13,5 cm (B). Die Höhe mit Aufhängekordel und Troddel gemessen beträgt ca. 34 cm.

Der in Samt und Seide ausgeführte Wimpel ist wie das vorhergehende Objekt in rot-weißer Farbgestaltung gehalten. Die Schriftseite trägt im oberen Teil übersetzt den folgenden Text: „Bund der Polen / EINHEIT / in der Deutschen / Bundesrepublik / BOCHUM / 1972“. Der untere Teil des Wimpels zeigt ein rot-weißes Feld in Anlehnung an die polnischen Nationalfarben. Die „weiße“ Farbe ist auch hier wie schon bei der Jubiläumsvase kein reines Weiß, eher elfenbeinfarbig.

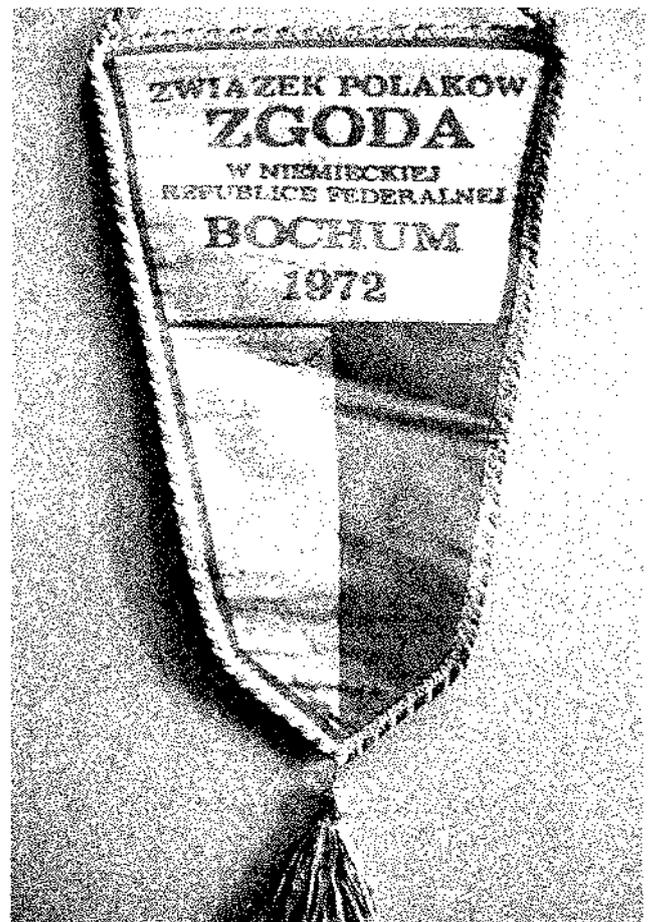


Abb. 5: Tischwimpel „Bund der Polen ‚EINHEIT‘ in der Deutschen Bundesrepublik, Bochum, 1972.

Die andere Seite zeigt im leuchtend roten Feld den elfenbeinigen (= weißen) unbekrönten Adler der kommunistischen Volksrepublik Polen (1952-1989). Der gesamte Wimpel ist ringsum mit einer rot-weißen Kordel eingefasst, an der Oberseite befindet sich eine rot-weiße Kordel zum Aufhängen des Wimpels, an der Unterseite eine inzwischen weitgehend verblichene, ehemals rot-weiße Troddel.



Abb. 6: Tischwimpel, 1972, Wappenseite.

Es ist festzustellen, dass die Objekte 2 und 3 eindeutig zum Umkreis des „Bundes der Polen ‚Zgoda‘ (‚Eintracht‘) in der Deutschen Bundesrepublik“ gehören, der wegen seiner engen Kontakte zur den kommunistischen Machthabern in der Volksrepublik Polen heute in Bochum keine nennenswerte Rolle mehr spielt. Deutschlandweit der entscheidende Partner, auch zum Beispiel für die Entwicklung der Bochumer „Porta Polonica“ im Rahmen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), ist und bleibt der „Bund der Polen in Deutschland e. V. „Rodlo“. Aus diesem Grund schätzt Dr. Jacek Barski, Leiter der Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland „Porta Polonica“, 44793 Bochum, Am Rübenkamp 4, die drei

vorgestellten Objekte auch als „nicht besonders repräsentativ“ ein.

Wir meinen aber trotz dieser vielleicht berechtigten kritischen Einschätzung des Fachmanns Dr. Barski, die drei Originale sind und bleiben aufschlussreiche und durchaus beredte Zeugnisse für einen interessanten Teilbereich deutsch-polnischen Miteinanders in Zeiten des „Kalten Krieges“, einer glücklicherweise in dieser Beziehung weitgehend überwundenen Epoche.

Dank an Wulf Schade für Übersetzungshilfe und an Dr. Jacek Barski für seine Stellungnahme zu den Objekten.

#### Quellenhinweise

Porta Polonica, Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland, LWL-Industriemuseum, Dortmund 2013

„Bund der Polen in Deutschland“ – Wikipedia, Stand 16. November 2014

#### Abbildungsnachweis

Eberhard Brand

# Aus dem Häuschen

## Berichtenswertes von der Kortum-Gesellschaft



### Glückwunsch

Bochum hat ein neues Logo und Erscheinungsbild, das unsere Mitglieder René Wynands und Silke Löhmann mit ihrer Firma „Oktober“ in einer Arbeitsgemeinschaft mit acht weiteren Bochumer Unternehmen der Kreativwirtschaft entwickelt haben. Das Logo zeigt das Bochumer Buch, dreidimensional und geöffnet. Wir gratulieren zu diesem Vorsprung vor 269 Mitbewerbern! Wir freuen uns vor allem, dass der Charakter unseres alten Stadtwappens auch als ältestes dreidimensionales Wappen Deutschlands in die moderne Form übernommen wurde. Auch, dass die mit dieser Umstellung des städtischen Erscheinungsbildes einhergehende Werbekampagne ein Bekenntnis zu Geschichte und Kultur in unserer Stadt ist, überzeugt. Wer sich das noch nicht angeschaut hat, kann das tun unter: [www.gruppe-bochum.de](http://www.gruppe-bochum.de). Übrigens, hier geht es um ein Logo, also ein Werbezeichen. Ansonsten gilt: Unser Stadtwappen bleibt unser Stadtwappen!

### Opel

Mit Interesse verfolgen wir die Diskussion um Pläne, das Hauptverwaltungsgebäude OPEL-Bochum in die Denkmalliste einzutragen. Das Gebäude könnte nach unserer Überzeugung als Bau-

denkmal Teil der Lösung, nicht des Problems sein. Zu allererst ist darauf hinzuweisen, dass in allen seit rund zwei Jahren vorliegenden Planungen für das Gelände die Erhaltung des Gebäudes mit berücksichtigt worden ist. Nur durch die geänderten Zuständigkeiten und Personen in den Ausschüssen erscheint das Thema plötzlich neu. Unabhängig davon geht es um ein winziges Stück des riesigen OPEL-Grundstücks, von Behinderung der Entwicklung des Geländes durch eine Erhaltung des Baus kann da keine Rede sein.

Es handelt sich um ein schlichtes Bürogebäude mit einem geräumigen und attraktiven Foyer, das grade unter den Bedingungen des Denkmalschutzes prima für Neuansiedlungen genutzt werden kann. Ein Gründerzentrum wäre hier vielleicht richtig untergebracht: ein Ort, in dem sich preiswerte Büros um gemeinsam nutzbare Besprechungsräume, Teeküchen etc. scharen. An dem man mit steigendem Erfolg seines neu gegründeten Unternehmens zusätzliche Büros mieten kann. Und von dem aus man dann vielleicht sogar mit eigenen Gebäuden auf das neue Gewerbegebiet bei Opel umsiedelt.

So könnten ohne riesige Baumaßnahmen hier sehr schnell Neuansiedlungen kleiner oder mittlerer Dienstleister ohne Produktionsflächen- oder Lagerflächenbedarf kostengünstig erfolgen. Der Denkmalschutz bietet dazu die höchste Abschreibung

von Baukosten, eventuell auch städtebauliche Fördermittel und erleichtert Lösungen im Brandschutz und bei der Dämmung. Da kann also nichts stören, sondern nur helfen. Selbstverständlich muss das Gebäude für die neuen Nutzungen umgebaut werden, denn sicherlich fehlen moderne Fenster, Heizung, zusätzliche Aufzüge und Treppen, zeitgemäße Sanitär-Ausstattungen und manches andere mehr. Solche Anpassungen zur Erhaltung von Baudenkmalern sind im Denkmalschutzgesetz verankert und werden gefördert, nicht verhindert.

Worauf kann der Denkmalwert beruhen? Die OPEL-Verwaltung steht für immerhin 50 Jahre guter Arbeitsplätze in Bochum und für eine sensationelle Neuorientierung der Wirtschaft im Verlauf der Bergbaukrise 1960. Das Gelände ist eng mit der Geschichte mehrerer Generationen von Bochumern und Bochumerinnen verbunden. Sie alle werden, wenn der berechtigte Zorn auf GM überwunden ist, wieder Stolz auf ihre Leistungen bei OPEL sein und wollen mit ihren Enkeln zu einem Ort gehen können, an dem die Familien- und Werksgeschichte noch sichtbar ist. Wie viele Menschen haben damals über die Erhaltung von Zechengebäuden geschimpft und pilgern heute voller Begeisterung dorthin?

Das OPEL-Gebäude ist eine mindestens in ganz Deutschland bekannte „Landmarke“. Vom erfolgreichen Kadett, Manta bis hin zur Solidarisierung Bochums

mit der OPEL-Belegschaft: 50 Jahre war dieses Haus mit seiner markanten Rotunde in den Nachrichten und steht für Bochum. Es ist zurzeit kein Erfolgssymbol, aber das ist der angeblich so unentbehrliche VfL im Moment auch nicht. Das gibt sich wieder.

Ein Ankergebäude, das auf dieses wichtige Stück Geschichte Bochums hinweist, tut dem Gelände meines Erachtens gut. Was haben wir von der IBA-Ruhrgebiet gelernt? Die Entwicklung eines Geländes ist mit der radikalen Planierung seiner Strukturen nicht erfolgreich zu bewältigen. Die Jahrhunderthalle mit dem Westpark, die als Gewerbebau für Großveranstaltung nahezu ganzjährig ausgebucht und kommerziell erfolgreich ist, ist eines von vielen Beispielen, aus denen wir auch für die OPEL-Brache lernen können.

Hans Hanke

## ● Neue Themenroute Bochum der Route der Industriekultur

Seit Spätsommer sind die von Dietmar Bleidick vollständig überarbeiteten und durch zahlreiche Beiträge ergänzten 79 Bochumer Standorte der Route der Industriekultur in einer eigenen Themenroute Nr. 29 zusammengefasst. Nun erschien auch der dazugehörige 22seitige Überblick zur Bochumer Stadtgeschichte zwischen Mittelalter und heute. <http://www.route-industriekultur.de/themenrouten/29-bochum.html>

## ● Literatur

Folgende Veröffentlichungen sind uns aufgefallen und können wir empfehlen:

**Norbert H. Wagner:** Bochum – Die 40er und 50er Jahre. Geschichten aus einer Kindheit, Gundersberg-Gleichen 2014, 80 Seiten, 11,00 Euro

Wie bei seinem ersten, 2009 herausgekommenen Buch zum Thema bietet Wagner ein breites Spektrum an Geschichten und Anekdoten aus Bochum.

**Günter Gleising:** Kapp-Putsch und Märzrevolution 1920 (II) Ereignis und steinerne Zeugen. Gräber zwischen Rhein und Weser erzählen Geschichte. Kiel 2014. 532 Seiten, 24,00 Euro.

Ein hervorragendes Nachschlagewerk, auch nach Orten geordnet. Das Bochum hier nachzuschlagen ist, muss nicht betont werden.

**Gebr. Eickhoff Maschinenfabrik und Eisengießerei GmbH Bochum, Hg.,** Alexandra Nel, Anja von Cysewski, Mechthild Hempe, Red.: 1864. 2014. 150 Jahre Gebrüder Eickhoff. Greven 2014. 223 Seiten.

Lesens- und betrachtungswerte Festschrift, die wohl nur bei Eickhoff erhältlich ist. Auch kritische Themen in der NS-Zeit werden angesprochen, so dass eine schlüssige Geschichte ohne Brüche dieses für Bochum so wichtigen Werkes über 150 Jahre Werksentwicklung vorliegt.

**Karl Ditt (u.a.):** Westfalen in der Moderne 1815-2015. Geschichte einer Region. Münster 2015. 864 Seiten, 29,95 €.

Mehr als rechtzeitig zum 200. Jahrestag der Konstituierung Westfalens als preußischer Provinz im Jahr 1815 ist ein aktueller Rückblick auf das Land und sein Verhältnis zur Moderne erschienen. Die Signale der westfälischen Moderne liegen versteckt zwischen Schinken und Pumpnickel, Hermannsdenkmal und Wasserburgen, Parklandschaften und

Talsperren oder wogende Kornfelder. Zechentürme, die weniger versteckt aus den wogenden Kornfeldern herauschauen, sind zwar ein Zeichen der Moderne, sind aber mit dem negativen Image von Schwerstarbeit in Lärm und Schmutz verbunden. Damit ist das Ausgangsbild skizziert. Der Band ermöglicht der Fachwissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit einen Perspektivwechsel. In 24 Beiträgen werden die Ursprünge des heutigen Westfalens beleuchtet unter den Begriffen „Politik und Partizipation“, „Wirtschaft und Gesellschaft“ sowie „Kultur und Lebenswelten“. Autoren und Autorinnen sind mit dem Herausgeber Karl Ditt: Martin Dröge, Matthias Frese, Matthias Frölich, Bernd Holtwick, Christopher Kopper, Markus Küpker, Thomas Küster, Sabine Mecking, Gerd Meier, Katrin Minner, Julia Paulus, Rainer Pöppinghege, Michael Prinz, Thomas Spohn, Bernd Walter und Marcus Weidner, alles ausgewiesene Experten und Expertinnen. Sie sind überwiegend angesiedelt am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, bei dem das Werk auch erschien. Der Blick in die vergangenen zweihundert Jahre Geschichte dieser Region offenbart manche Gegensätze: Ausgeprägte konfessionelle, politische und soziale Konflikte, agrarisch-ländliche Idylle und sprichwörtliche Bodenständigkeit auf der einen, industriell geprägte Großstädte und Zuwanderung von Hunderttausenden aus Osteuropa und dem Mittelmeerraum auf der anderen Seite. Dass diese nicht zu leugnenden und vorantreibenden Gegensätze Westfalen ausmachen, viel stärker als heraufbeschworene Gemeinsamkeiten, ist dann das Fazit der Forschung.

Diese Gesamtdarstellung zur jüngeren Geschichte Westfalens verdeutlicht die Wirkung nationaler und internationaler Entwick-

lungen auf die Region und die Impulse, die von ihr selbst ausgingen. Erkennbar werden damit charakteristische Strukturen und Prägungen des „modernen“ Westfalens. Die Analyse reicht bis in die Gegenwart und ist gut bebildet – beides macht die anregende Lektüre noch aufschlussreicher.

Das auch hier Bochum häufig genannt wird, ist selbstverständlich.